Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Reinh. Drescher, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Pollender, Leipzig. — Verl. der Volksstimme G.m.b.H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G.m.b.H., Leipzig, Königstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postanstalten vierteljährl. 2.70 M. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: Die 7gesp. Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate v. auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 180. **Halle, Mittwoch den 7. August 1918.** **2. Jahrgang.**

Mahnungen zum Ernst.

JK. In den Gedenkartikeln zum vierten August und in den militärischen Betrachtungen zur Rückverlegung der deutschen Marnefront finden sich die dringlichsten Mahnungen an das deutsche Volk, sich nicht länger dem Ernst des Krieges zu verschließen. Deutschland kämpfe noch immer gegen eine gewaltige Uebermacht, sei noch immer vom Zusammenbruch und der Vernichtung als Nation oder doch mindestens als Weltmacht bedroht. Die Ententemächte seien fanatisch kriegsentschlossen, und gerade jetzt habe sich die englische Regierung offiziell auf den Wirtschaftskrieg nach dem Kriege, auf Englands Uebergang zum Schutzzoll und hartnäckige Verfolgung des Plans zur Erdrosselung des deutschen Handels festgelegt.

Die Deutsche Tageszeitung kann nicht gut leugnen, daß aus den Kreisen der Alldeutschen und der Vaterlandspartei die unsinnigsten und leichtfertigsten Siegesprophezeiungen und Renommisereien in die Welt gesetzt worden sind. England in zwei Monaten ausgehungert — im Februar zusammengebrochen — die Amerikaner können nicht schwimmen: man kennt ja diese Redensarten der Heydebrand, Bacmeister und Gesellen und weiß, daß sie selbst in amtliche Denkschriften und Reden Aufnahme gefunden haben. Nur für sich selbst bestreitet die Deutsche Tagesztg., jemals einen bestimmten Termin für die Erreichung des deutschen Sieges und einen bestimmten Ablauf der Ereignisse bis zum Kriegsende vorhergesagt zu haben. Sie selbst will sich über Kraft und Entschlossenheit der Feinde nie einer Täuschung hingegeben haben. Umso unbegreiflicher, wenn trotzdem der berühmte Graf E. R. fortwährend die weitestgehenden Eroberungsziele, insbesondere in Belgien, zu propagieren wagte, ohne vorhersehen zu können, wie und namentlich wann wir sie durchzusetzen vermöchten.

Aber das Blatt gibt den Vorwurf mangelnden Ernstes zurück. Gerade die Anhänger des Verständigungsfriedens hätten dem deutschen Volke den Irrglauben suggeriert, die Regierung brauchte nur eine bestimmte Erklärung abzugeben, nur ein erlösendes Wort zu sprechen, um den Sperling des Verständigungsfriedens sicher in der Hand zu haben. Auch in diesem Vorwurf steckt ein kleines Körnchen Wahrheit. Als im vorigen Jahre die Friedensresolution beschlossen wurde, bezeichneten sie manche ihrer Anhänger tatsächlich als ein sicheres Mittel, den vierten Kriegswinter zu vermeiden. Keinesfalls hat indessen dieser vereinzelte Irrtum soviel Schaden gestiftet wie die leichtfertige Ueberschätzung der deutschen Waffengewalt. Zuzugeben ist unbedingt, daß eine vernünftige Politik mit vollem Ernst würdigen muß ebenso den fanatischen Kriegs- und Vernichtungswillen der Entente, wie die ungeheuere militärische und wirtschaftliche Macht, die ihr noch zu Gebote steht.

Der gleiche Ernst ist notwendig in der Beurteilung der inneren wirtschaftlichen Verhältnisse. Die Erhebungen des Metallarbeiterverbandes über die Löhne der Munitionsarbeiter sind von Unternehmerseite heftig angefochten worden. Aber das Berliner Tageblatt, das eine Zuschrift aus Unternehmerkreisen des Inhalts brachte, daß die tatsächlichen Verdienste in der Rüstungsindustrie unendlich viel höher seien als in den Erhebungen festgestellt, hat sofort viele Zuschriften erhalten, in denen Berliner Munitionsarbeiter nach ihren eigenen Lohnzetteln die Richtigkeit der Statistik durchaus bestätigen. Höhere Einzelverdienste kommen natürlich vor; besonders qualifizierte Arbeiter in sehr verantwortlichen Stellungen verdienen sogar gelegentlich selbst für den heutigen Geldwert hohe Löhne. Aber die Masse der Munitionsarbeiter hat schwer darum zu ringen, sich und ihre Familie zu sättigen und zu kleiden. In der Provinz, namentlich in Schlesien und Sachsen, sind die Löhne nicht halb so hoch wie in Berlin, und die Not ist groß. Schließlich stellen die Munitionsarbeiter doch nur einen Teil der Arbeiterschaft dar; deren größere Zahl ist mit ihren Einnahmen weit hinter der Verteuerung des Lebens zurückgeblieben. Die demagogische Hetze der gesamten agrarischen Presse gegen die Arbeiterklasse ist deshalb eine schamlose Frivolität, die dem Ernst der Lage keineswegs entspricht. Auf der anderen Seite fällt es uns gar nicht ein, die großen Schwierigkeiten zu übersehen, mit denen die Landwirtschaft zu kämpfen hat und alle Bauern ohne weiteres als brassende Kriegsgewinnler hinzustellen. Wer wirklich den Ernst der Kriegslage erfaßt hat, darf auch in der inneren Politik nicht die rücksichtslose Verhetzung und Steigerung aller politischen Feindschaften und Klassengegensätze bis zur Siedehitze mitmachen.

Die Mahnungen zum Ernst sind also durchaus angebracht. Wir wissen aber nicht, ob nicht bei der Art des deutschen Volkes Mahnungen zur Zuversicht noch notwendiger sind. Der jetzt vollführte Rückzug im Westen wird als glänzend durchgeführtes geniales strategisches Manöver bezeichnet, dessen Auswirkung das deutsche Volk in vollem Vertrauen abwarten könnte. Im Berliner Tageblatt z. B. hebt Baron Ardenne hervor, daß die zwischen Aisne und Marne kämpfenden Armeen die Hilfe der Heeresreserven nicht in Anspruch zu nehmen brauchen, deren unverkürzter Besitz der deutschen Heeresleitung nach wie vor die Freiheit der Initiative sichere. Die heitere Zuversicht unserer großen Heerführer bürge neben diesem anderen dafür, daß die deutsche Offensive bald wieder aufleben werde, und schon warne Herve besorgt vor der deutschen Falle. Die volle Einsicht in den Ernst des Riesenkampfes, den Deutschland noch immer um seine Existenz führen muß, darf also niemals zu einem Zweifel an Deutschlands Kraft werden, den Kriegswillen der Feinde zu brechen. Dies ist das Ziel, auf das militärisch und politisch alle Kräfte vereinigt werden müssen.

Das belgische Problem.

Einer der alldeutschen Rufer im Streit, Professor Brandenburg, erörtert in den Berliner Neuesten Nachrichten das belgische Problem. Mit der Erklärung des Kanzlers, daß wir Belgien nicht behalten wollen, ist er einverstanden, besonders deshalb, weil der Reichskanzler Sicherungen dafür verlangt hat, daß Belgien nicht wieder ein Aufmarschgebiet unserer Feinde gegen uns werde, weder in militärischer, noch in wirtschaftlicher Beziehung. Professor Brandenburg zieht daraus den Schluß, daß man in den Worten des Grafen Hertling nicht das Angebot erblicken könne, das alte Königreich Belgien in seiner früheren Gestalt und seiner früheren vollen Unabhängigkeit, ja vielleicht sogar unter Erneuerung seiner früheren Neutralität einfach wieder herzustellen, falls nur uns unsere Kolonien und den Türken die ihnen entrissenen asiatischen Gebiete zurückgegeben würden. Man wird in seinen Worten vielmehr die Ankündigung finden, daß Deutschland außerdem einen maßgebenden Einfluß auf die Neugestaltung der belgischen Verhältnisse zur Wahrung seiner eigenen Lebensinteressen zu fordern entschlossen ist.

Das war der Sinn der Erklärung des Kanzlers nicht. In dem Bestreben, diese Erklärung in ihr Gegenteil zu verkehren, greifen die Alldeutschen zu jedem Mittel. Unseren Staatsmännern wird im Ausland ohnedies nicht viel geglaubt, die Brandenburg und Konsorten haben es aber ganz offenbar darauf abgesehen, auch noch den Rest von Vertrauen zu zerstören. Diese Methode muß kriegsverlängernd wirken. Die alldeutschen Heimkrieger berührt das weiter nicht, denn in den Granattrichtern liegen ja nicht sie, sondern die anderen.

Einen wesentlich anderen Ton schlägt der Generalleutnant Keim in der Deutschen Zeitung an. Er erklärt, über dem Selbstbestimmungsrecht der Völker steht die Selbsterhaltungspflicht des deutschen Volkes. Der höchste Beamte des Reiches ist der deutsche Reichskanzler, und nicht so eine Art Weltkanzler! Einem solchen „ethischen" Weltkanzlertum mit seinem Gerede von Kulturpolitik und Menschheitsproblemen sind wir aber in den letzten 20 Jahren wiederholt nachgejagt zum Schaden Deutschlands. Die Einmischung in den Burenkrieg hat uns die Feindschaft Englands eingetragen, und eine spätere Aktion die Feindschaft der Buren. . . . Wir haben es erleben müssen, daß kürzlich im Reichstage ein Abgeordneter es ungestraft wagen durfte, zu sagen, daß bei einer Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen ¾ der Einwohner für Frankreich stimmen würden. In Frankreich wäre der Mann im gleichliegenden Falle von seinen Kollegen zuerst dreiviertel totgeschlagen und dann wegen mittelbaren Landesverrats dem Richter übergeben worden. Der General Keim fürchtet: Sowie das letzte deutsche Bajonett hinter der Grenze verschwunden ist, ist es mit der Flamenfache vorbei, einschließlich der Universität in Gent. Herr Keim ist entschieden dafür, daß wir Belgien einfach behalten.

Millionengeschenke an Fürsten.

Die Bergarbeiter-Zeitung schreibt: Wenn die Arbeiter mit Lohnforderungen hervortreten, dann werden ihnen die Betriebskosten der Werke entgegengehalten und wird ihnen versichert, daß ohne Preiserhöhungen keine Lohnzulagen erfolgen könnten. Die Arbeiter sind darum hochinteressiert an der Gestaltung der Betriebskosten. Deshalb kann es uns auch, vom speziellen Arbeiterstandpunkt aus betrachtet, nicht gleichgültig sein, ob die Betriebskosten in ganz unnötiger Weise verteuert werden oder nicht. In welcher Weise nun die Verteuerung vor sich geht, das ist erneut der Werksbeitrgerzeitschrift Glückauf (Essen) zu entnehmen. Sie bringt als Ergänzung früherer Darlegungen Angaben über die 1917 an den Herzog von Arenberg gezahlten Bergwerksabgaben. Als Zahler kommen 16 im Bezirke Nordwestfalen (Münsterland) bauende Steinkohlen-Bergwerksgesellschaften in Betracht, als Hauptzahler der preußische Bergwerksfiskus. Die Abgabe beträgt einen gewissen Teil des Werkes der Förderung, steigt also mit jeder Erhöhung der Werkseinnahmen pro Tonne. Der Herzog von Arenberg vereinnahmte so an Bergwerksabgaben:

1905:	862 991 M.	1915:	1 619 638 M.
1910:	1 427 545 „	1916:	2 085 448 „
1913:	2 035 568 „	1917:	2 365 149 „

Obgleich 1917 die Förderung insgesamt hinter der von 1913 zurückblieb, erhielt der Arenberger doch letztjährig über 300 000 Mark mehr Abgaben als im letzten Friedensjahr. Mit diesen Millionen werden natürlich die Betriebskosten belastet, und zwar zugunsten eines „Standesherrn", der für diese Millionen absolut nichts leistet! Der Abgabeanspruch wird begründet mit Bestimmungen, die sich auf das mittelalterliche Bergregal beziehen, obschon dieses in den modernen Bergegesetzen abgeschafft ist. Gewissen hochadeligen „Standesherren" (für das rheinisch-westfälische Gebiet die Herzöge von Arenberg und Croy, die Fürsten Salm-Salm, Bentheim-Tecklenburg, Rheina-Wolbeck, Bentheim-Bentheim und -Steinfurth) ist trotzdem die „Berechtigung" zur Erhebung von Bergwerksabgaben belassen worden. Daraufhin beziehen diese ohnedies schwerreichen Großgrundbesitzer alljährlich Millionengeschenke! Sie gehen zu Lasten der Betriebe, verteuern die Selbstkosten und erschweren so auch den Arbeitern die Aufbesserung ihrer Existenz.

Dieses mittelalterliche „Recht" ist mit dem modernen Rechtsempfinden einfach unvereinbar. Für nichts und wieder nichts erhalten jene „Standesherren" jährlich Millionen, die der Tätigkeit der Arbeiter und Werksleiter zu verdanken sind. Das geschieht in einer Notzeit, wo es den armen Invaliden, Witwen und Waisen nicht möglich war, eine auch nur einigermaßen ausreichende Erhöhung ihrer kleinen Bezüge zu erhalten. „Es erben sich Gesetz und Rechte wie eine ewige Krankheit fort." Man lasse die Millionen den Invaliden, Witwen und Waisen zukommen, denn die haben es bitter nötig!

Unglaubliche Mißstände in einer behördlichen Verteilungsgesellschaft.

Elf Angestellte der Girokontrollgesellschaft Rheinmosel m. b. H., einer von den Kommunalverbänden der rheinischen Regierungsbezirke gegründeten Gesellschaft, der die Verteilung der von den Zentralstellen überwiesenen Lebensmittel im behördlichen Auftrage obliegt, sind wegen schwerster Schiebungen verhaftet worden. Der Hauptschuldige hat bedeutende Posten Milchpulver, Sardinen, kondensierte Milch, Heringe und andere Waren aus den Beständen der Gesellschaft an eine Kölner Kolonialwarengroßhandlung verkauft, und er strich mit seinen Spießgesellen die entsprechenden Summen dafür ein. Die nachweisbaren Untreuschleife dieses Angestellten allein werden auf etwa 100 000 M. geschätzt. Im vorigen Jahre ist auch ein ganzer Waggon Käse im Werte von 60 000 M. verschwunden, der von den Beamten der Gesellschaft vermutlich an eine Behörde verkauft wurde; die Summe haben die Angestellten unter sich verteilt. Die Deutsche Rabattsparvereins-Zeitung schreibt hierzu:

Es ist ganz unverständlich, wie so gewaltige Veruntreuungen jahrelang bei dieser Gesellschaft betrieben werden konnten. Daneben sind ihr noch enorme Verluste durch Verderben von großen Mengen Waren entstanden. Im vorigen Jahre verfaulten bei ihr große Mengen von Schollen, die dann von einem Schieberkonsortium mit einem Gewinn von 70 000 bis 80 000 M. an ein industrielles Werk und an die königliche Eisenbahndirektion weiterverkauft wurden. Ferner wurden 700 Tönnchen marinierte Fische auf einmal in den Rhein geworfen; es soll ein bezaubernder Anblick gewesen sein, als die 700 Tönnchen rheinabwärts tanzten. Fässer und Kübel Marmelade, die die Lebensmittelabteilung eines großen Werks zurückwies, zum größten Teil einer rheinischen Stadtverwaltung aufgehängt, für deren Bevölkerung sie noch immer gut genug schien. Gerade in den Hungerwochen des vorigen Jahres sind auf dem Lager der Gesellschaft im städtischen Schlachthofe Köln für über 10 000 M. eingesalzene Frischfische verdorben, für deren Vernichtung noch schweres Geld aufgewandt werden mußte. Einmal hat die Stadt Bonn für verdorbene Fische die Gutschrift von etwa 80 000 M. verlangt!

Völlig undurchsichtig ist, nach welchen Grundsätzen die Rhein-Mosel-Gesellschaft ihre Gewinne berechnet hat. Es ist erwiesen, daß der eine Kommunalverband für dieselbe Ware einen wesentlich höheren Preis bezahlen mußte als der andere. Auch über die Verteilung der großen Reingewinne herrscht große Unklarheit. Bestimmte Summen erhalten die Herren Regierungspräsidenten; der Aachener Regierungspräsident bestätigt zum Beispiel unterm 17. Juli 1917, daß er 2000 M. „für Zwecke der Volksaufklärung" erhalten habe. Wie aus der Korrespondenz hervorgeht, werden die Angestellten der Gesellschaft von den um Waren nachsuchenden Firmen auch kräftig geschmiert. Es wird darin immer mit besonderem Nachdruck darauf verwiesen, daß „Sie selbst" die Sache beardeiteten, und daß man alle Briefe an sie persönlich adressieren möge. Ein anderer bezieht sich auf eine Anfrage einer rheinischen Bürgermeisterei bei seiner Mutter. (!!) Die Angestellten haben also ganz ungeniert große Posten aus der öffentlichen Nahrungsmittelbewirtschaftung unter ihrem Namen angeboten und die Behörden sind ruhig in einen solchen Briefwechsel eingetreten. Mit Wissen der Gesellschaft beziehen ferner noch jetzt Angestellte Provision von den Lieferanten!

Zu den jetzt erfolgten Verhaftungen ihrer Angestellten bemerkt die Leitung der Rhein-Mosel-Gesellschaft sakonisch, daß „die Bilanz trotzdem gut ausgefallen sei". Damit dürfte der Oeffentlichkeit wenig gedient sein, denn günstige Bilanzen sind leicht zu erzielen, wenn man Monopolpreise verlangt und bekommt, und die Verluste auf Kosten der Verbraucher gehen. Es ist dringend geboten, daß man bei dieser Gesellschaft, die doch jetzt eine öffentliche Mission übernommen hat, einmal gehörig in die verborgensten Winkel hineinleuchtet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180807-18/fragment/page=0001

Der Krieg im Westen.

wtb. **Berlin, 6. August, abends.** (Amtlich.) **Von der Front nichts Neues.**

Die Telegraphen-Union meldet aus Basel, 6. August: Seit Sonnabend nachmittag vernimmt man wieder Kanonendonner aus dem Abschnitt Altkirch-Sennheiser Grenze. Die Fliegertätigkeit im Oberelsaß ist seit Donnerstag rege. Mehrmals waren die deutschen Fliegerabwehrkanonen in Tätigkeit.

Der deutsche Widerstand.

Haag, 7. August. (T. U.) Reuters Berichterstatter beim französischen Heere an der Westfront meldet, daß die deutsche Artillerie ein sehr heftiges Feuer auf der ganzen Vesle-Linie unterhält und daß die Deutschen einen sehr heftigen Widerstand leisten. Die Deutschen haben das Nordufer mit Maschinengewehren und Bombenwerfern verstärkt, während ihre Flieger die Truppen der Alliierten heftig mit Maschinengewehren beschießen; überall ist der Widerstand sehr hartnäckig.

Basel, 7. August. (T. U.) In dem Pariser Havaskommentar vom 5. August heißt es: Der deutsche Widerstand nördlich der Vesle verstärkt sich. Wie wir gestern voraussagten, hat der Feind gestern in seinem Rückzug angehalten, da er einige Zeit gewinnen muß, um die Aisne zu erreichen und sein ganzes Material über die Aisne zu bringen. Der Widerstand war erwartet; er hält uns auf. Immerhin sind unsere leichten Streitkräfte in Fühlung mit den deutschen Nachhuten nördlich der Vesle, deren Uebergang die Feinde verteidigen.

Die aufgeriebenen Australier.

Haag, 7. August. (T. U.) General Monash, der Oberbefehlshaber der australischen Streitkräfte, richtete eine Botschaft an die Heimat, in der er mitteilt, daß mehrere ruhmreiche australische Bataillone aufgehört haben, als Gefechtseinheit zu existieren und eine Menge von Bataillonen vom gleichen Los bedroht sind, falls kein Nachschub von Australien komme. Acht Prozent der australischen Bevölkerung befinden sich bereits unter den Waffen; davon sind 49 000 Mann tot, 18 300 verwundet.

Der Krieg zur See.

Berlin, 6. August. (Amtlich.) Weitere achtzehntausend BRT. wurden durch die Tätigkeit unserer U-Boote im nordwestlichen Seekriegsgebiet vernichtet.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Washington, 6. August. Ein deutsches U-Boot versenkte hundert Meilen vor der Küste von Virginien einen amerikanischen Tankdampfer. 30 Ueberlebende wurden gelandet.

Madrid, 6. August. Aus Corcubion wird gemeldet, daß der Kapitän und 17 Mann des von einem U-Boot torpedierten brasilianischen Dampfers Macetw (früher deutscher Dampfer Santa Anna) gelandet wurden. Zwei Flöße mit 44 Mann werden vermißt.

London, 5. August. (Reuter.) In einem kanadischen Hafen ist die Mannschaft eines kanadischen Schoners gelandet, der am Freitag in der Bucht von Fundy von einem U-Boot versenkt wurde. Die Mannschaft berichtet, der Kommandant des U-Bootes habe gesagt, daß das U-Boot die Mine gelegt habe, durch die kürzlich der Kreuzer San Diego versenkt wurde.

Rotterdam, 6. August. (TU.) Die englische Admiralität teilt mit: Zwei britische Torpedojäger sind am 2. August auf feindliche Minen gelaufen und gesunken. 29 Personen sind umgekommen.

Rotterdam, 6. August. (TU.) Nach einer Meldung der englischen Admiralität wurde das Ambulanz-Transportschiff Warlide (7713 t) am 3. August auf der Rückreise torpediert und versenkt. 123 Personen werden vermißt; sie sind vermutlich ertrunken.

Zur Lage in Rußland.

Moskau, 6. August. Gestern abend sind in Moskau laut Iswestija einige hervorragende Vertreter der englischen und französischen Bourgeoisie verhaftet worden. In Verbindung mit dem Vormarsch der Engländer und Franzosen im Murmangebiet wurden gestern in Moskau französische und serbische Offiziere verhaftet, deren Tätigkeit der Sowjetregierung Verdacht einflößte.

Ein Befehl Trotzkis weist darauf hin, daß an die tschechischslowakische Front abgehende Abteilungen äußerst langsam vorrücken infolge Untätigkeit und öfters sogar Böswilligkeit des gegenrevolutionären Teils der Eisenbahner. Den Sabotagetreibenden wird mit der ganzen Strenge der Revolutionsgesetze gedroht.

Eine Verfügung des Rates der Volkskommissare sieht für Freiwillige, die an die Front gehen und ebenso für Freiwillige, die in Verpflegungsabteilungen eintreten, Beibehaltung ihrer durchschnittlichen Löhne und Offenhaltung ihrer Stellen vor.

Der Pressekommissar der Nordgebiete hat allen Presseabteilungen mitgeteilt, daß sofort in allen Städten die bürgerliche Presse zu schließen sei. In Omsk versammeln sich hervorragende Parteiführer Rußlands. Omsk soll zeitweilig das politische Zentrum für ganz Rußland werden.

Moskau, 5. August. (PTA.) Die Nachricht der ausländischen Presse über eine Verhaftung Maxim Gorkis wird widerrufen.

Moskau, 1. August. (PTA.) Die Sowjet-Regierung wandte sich mit einem besonderen Aufruf an die Bevölkerung der Ententestaaten, in welchem sie die imperialistische, konter-revolutionäre Bedeutung des Vorrückens der Entente im nördlichen europäischen Rußland klarlegt und die Arbeiterklassen auffordert, ihren Regierungen in dieser Beziehung Widerstand entgegenzusetzen.

Moskau, 4. August. (PTA.) Die sibirische Regierung beschloß aus allen lokalen Selbstverwaltungen derjenigen Städte und Kreise, welche in Gewalt der Sowjetregierung sind, die Abgeordneten der Bolschewistenpartei auszuschließen und sie durch Kandidaten andrer Parteien, die von der Bevölkerung nicht gewählt waren, zu ersetzen.

Moskau, 5. August. (PTA.) Von der sowjetfeindlichen Sibirischen Regierung wurde in Sibirien der Privatbesitz an Grund und Boden wieder eingeführt.

Petrograd, 5. August (PTA.) Die Ankunft des ersten Dampfers aus Deutschland mit Kohlen für Petrograd steht bevor. Im Austausch dagegen werden Rohmetalle und teilweise Maschinenöl und Flachs geliefert werden. Es ist beabsichtigt, aus Deutschland Medikamente, Farben für die Textilindustrie und Maschinenteile zu beziehen.

Kasan, 5. August. (PTA.) Von der sowjetfeindlichen Regierung in Samara sind in dem von den Tschecho-Slowaken besetzten Teil des Gouvernements Samara wieder die adeligen Landchaftsvorsitzenden des zaristischen Regimes eingesetzt worden.

Taschkent über Moskau. (PTA.) In einer Sitzung des Taschkenter Sowjets erklärte der Vorsitzende, daß die Meldung über die Einnahme von Orenburg durch den Kosakengeneral Dutow nicht wahr sei. Die Truppen der Taschkenter Sowjet-Regierung operieren erfolgreich gegen die Abteilungen des Generals Dutow, welcher von Süden aus in das Gouvernement Orenburg eingedrungen ist. Am 25. Juli berichtete der Vorsitzende des Taschkenter Sowjets, daß die revolutionäre Bewegung im südlichen Teil Chinas zunehme; infolgedessen werde China willfähriger und bereit, den Taschkenter Bolschewisten die nach China geflüchtete Gruppe von Kontre-Revolutionären auszuliefern. In Persien macht sich eine starke Strömung bemerkbar, die Sowjet-Regierungsform nach dem Beispiele Turkestans in Persien zu verbreiten und zu diesem Zwecke mit der Turkestaner Sowjet-Republik in engere Verbindung zu treten. Ueberhaupt macht die Tatsache der Organisation der Sowjet-Republik in Turkestan, die zum größten Teil aus Mohammedanern besteht und einen Teil der sozialen fortschrittlichen Sowjet-Republik Rußlands bildet, außerordentlichen Eindruck auf alle in der Umgegend liegenden muselmännischen Staaten. Die Nationalisierung der Wirtschaft Turkestans wie auch die Einsammelung der Ernte nehmen erfolgreichen Fortgang. Alle Versuche, die Macht der mohammedanischen Bourgeoisie und der Großgrundbesitzer wieder herzustellen, scheitern an der Energie der muselmännischen Volksmassen, welche die Sowjet-Regierung tapfer verteidigen.

Kleine Kriegsnachrichten.

Genf, 6. August. (TU.) Pariser Meldungen über die starke Wirkung des Bombardements aus Ferngeschützen wird durch eine Havasnote bestätigt. Der Luxemburgs-Palast, in dem das Staatsgericht ist, zählt zu den Pariser Gebäuden, für deren Bedachung besondere Schutzmaßnahmen angeordnet wurden.

Bern, 7. August. (TU.) Der Stamm der Choctaw-Indianer, der innerhalb der Vereinigten Staaten völlige Autonomie genießt, hat Deutschland den Krieg erklärt und den Tomahawk ausgraben lassen.

Rotterdam, 6. August. (TU.) Die Abfahrt der beiden holländischen Lazarettschiffe nach England wurde auf unbestimmte Zeit verschoben, weil Deutschland es ablehnte, den Schiffen freies Geleit zu gewähren. Vermutlich steht diese Weisung im Zusammenhang mit der Frage der deutschen Gefangenen in China, die bisher die Ratifikation des deutsch-englischen Gefangenaustausch-Abkommens noch verzögerte.

Bern, 6. August. Wenn man einer von der Neuen Züricher Zeitung wiedergegebenen Mitteilung Glauben schenken will, so hat Jorge Mitre der Presse erklärt, Brasilien halte ein Heer von 300 000 Mann bereit, um in Mesopotamien und Palästina die englischen Truppen zu entlasten und ihre Verschiebung nach der Westfront zu gestatten. Die brasilianische Regierung habe den Alliierten wiederholt militärische Hilfe angeboten und warte nur noch ihre Antwort ab. Das Klima in Asien sei für die brasilianischen Truppen erträglicher.

Archangelsk in den Händen der Engländer.

Moskau, 5. August. Wie amtlich bekanntgegeben wird, ist Archangelsk von den Engländern besetzt worden.

Kriegskommissar Trotzki veröffentlicht aus diesem Anlaß einen Befehl, in dem es heißt: Die Umstände, unter denen geistweilig Archangelsk geräumt wurde, beweisen, daß einzelne Vertreter der örtlichen Sowjetgewalt bei weitem nicht immer die Eigenschaften beweisen, die für jeden Revolutionär auf verantwortlichem Posten unerläßlich sind: Haltung, Energie und Tapferkeit. Es hat sich wiederum bestätigt, daß Sowjetvertreter vorhanden sind, die beim ersten Herannahen einer Gefahr sich beeilen, davonzulaufen, indem sie meinen, daß die Rettung des eigenen Lebens ihre wichtigste Aufgabe ist. Derartige Subjekte haben nichts mit der Revolution gemeinsam. Jeder Vertreter der Sowjetgewalt, der seinen Posten verläßt, ohne alles, was in seinen Kräften steht, zur Verteidigung getan zu haben, ist ein Verräter, der mit dem Tode zu bestrafen ist. Ich befehle, sofort alle diejenigen Sowjetmitglieder der Stadt Archangelsk zu verhaften, die laut zuverlässigen Materials als Deserteure zu betrachten und als solche dem Revolutionstribunale zu übergeben sind. (W. T. B.)

Die englische Staatskunst in Irland.

Bern, 6. August. Bei der Besprechung der Resolution Dillon, die die Politik der englischen Regierung in Irland als unverträglich mit den großen Prinzipien der Alliierten erklärte, sagte im Unterhause der Abgeordnete Devlin nach dem Verhandlungsbericht vom 30. Juli, die Regierung tue gerade das, was Präsident Wilson für die falsche Politik erklärt habe. Er fragte, ob es auch nur ein einziges Land im Herrschaftsbereich der Zentralmächte gäbe, wo wie in Irland der Abgeordnete einer Volksvertretung erst einen Polizeipaß haben müsse, um mit seinen Wählern in Verbindung zu treten, er (Devlin) würde eher sterben, als bei der Polizei um die Erlaubnis einkommen, zu seinen Wählern zu sprechen. Vor der neuen Politik seien monatlich 12 000 Rekruten aus Irland gekommen, jetzt nur 40. Der Vertreter der Arbeiterpartei Adamson, der Nachfolger Hendersons als Vorsitzender der Partei, sagte im Anschluß an die Rede Devlins, der Zustand der Dinge in Irland zeige einen schreckenerregenden Bankrott der Staatskunst.

Der Turiner Aufruhr-Prozeß.

Lugano, 6. August. Im Prozeß gegen die angeblichen Anstifter des Aufstandes in Turin im August des vorigen Jahres hat das Militärgericht, dem Antrag des Staatsanwalts entsprechend, den Angeklagten Barberes zu sechs Jahren Kerker, den Direktor des Avanti, Serrati, zu 3½ Jahren Gefängnis, Rabezzana zu vier Jahren und drei andere Angeklagte zu je drei Jahren Gefängnis verurteilt. Die übrigen wurden freigesprochen. Wenn man bedenkt, daß die Anklage gegen 200 Personen erhoben wurde, und im Verlaufe des Prozesses auf 63 und zuletzt auf 13 Personen beschränkt wurde, von denen sechs verurteilt worden sind, so kann man von einer völligen Niederlage der Anklage sprechen. Das geben auch interventionistische Blätter, wie der Secolo, zu. Das Blatt schreibt: „Dieser unglückliche Prozeß hätte nie geführt werden dürfen." Ueber die wahren Vorgänge in Turin hat man aus dem Prozesse nichts erfahren, da die Zensur in den Berichten über die Reden der Verteidiger alles strich, was etwas Tatsächliches enthalten könnte. Man kann nur feststellen, daß der abgesetzte Präfekt von Turin Ferdinois als Zeuge zugab, daß Turin damals tagelang ohne Brot war, und daß die Befehle der Militärbehörden, an die er sich um Schutz wandte, mangelhaft durchgeführt worden sind. Bemerkenswert ist auch die Aeußerung eines Generals, daß er nur blutenden Herzens den Befehl gegeben habe, aufhungernde Leute zu schießen.

Das Ende des Malvy-Prozesses.

Paris, 6. August. (Agence Havas.) Der Staatsgerichtshof hat Malvy zu fünf Jahren Verbannung ohne Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt.

Der Eisenbahnerstreik in der Ukraine.

Berlin, 6. August. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung bringt über den Eisenbahnerstreik in der Ukraine und seinen politischen Hintergrund Mitteilungen, die ihr von Kiew von besonderer Seite zugehen. Darin heißt es u. a.:

Nach den bisherigen Feststellungen unterliegt es keinem Zweifel, daß der Streik aus politischen Gründen von außen her in die Ukraine hereingetragen und unmittelbar gegen die ukrainische Regierung und die Mittelmächte gerichtet ist. Einige aus Großrußland gekommene Agitatoren sind verhaftet worden. Die gesamte Organisation, die vollständig im geheimen arbeitet, und aus dunklen Verstecken ihre unterirdische Wühlarbeit verrichtet, ist jedoch noch nicht aufgedeckt worden; die Organisation arbeitet mit erheblichen Geldmitteln; allein im Charkower Bezirk sollen für 10 Millionen Rubel zur Verfügung stehen. Das Fehlen einer organisierten einheimischen Polizei erschwert den Kampf gegen diese geheimen Organisationen, so daß die wirklichen Schuldigen nur schwer zu fassen sind. In welchem Geiste der Ausstand geleitet wird, erhellt aus einem vielverbreiteten Aufruf des geheimen Komitees, in welchem es heißt:

„Es nähert sich die Zeit der Ernte von Kiew, Poltawa und dem ganzen Kirmul der Ukraine von den Bergwerken und Unterhaltern bestehen, dem Hetman, den Deutschen und Kadetten! Alle müssen wir uns im gegebenen Moment zum Kampfe gegen sie erheben. Die Aufgabe der Eisenbahner ist Einstellung des Verkehrs, damit so der Feinde seine Truppen nicht verschieben kann. . . Unser Feind plündert uns aus und versucht sich mit Kiew, damit er uns klämpfen kann. Deshalb wird die Revolution im Kiew stattgefunden. Genossen! Wir haben die Sache-Hunde lange genug geduldet! . . . Haßt nun durch Streiken des Eisenbahn-Verkehrs den Tausenden von Bauern, die im bestimmten Moment mit den Waffen die Städte überfallen werden."

Die Urheber des Streikes benutzen die durch die Teuerung und die unregelmäßige Bezahlung der Gebührnisse unzufriedene Stimmung der Massen, die sie durch ökonomische Forderungen, deren Erfüllung die Eisenbahnen und die Staatsfinanzen zum Bankerott führen würde, noch weiter für ihren Zweck steigern. Trotzdem hat sich die Zahl der Arbeitenden fortgesetzt vermehrt; sie wäre noch erheblich größer, wenn nicht eine kleine Zahl bezahlter Agitatoren mit allen Mitteln die Arbeitswilligen von der Arbeit abzuhalten versuchte. Da eine Vertretung der streikenden Arbeiter nicht vorhanden ist, sind Verhandlungen zwecks Wiederaufnahme der Arbeit unmöglich.

Nachdem die Organisatoren des Streiks eingesehen haben, daß der Zweck des Streiks, Stillegung des Eisenbahnverkehrs, nicht erreicht werden kann, suchen sie durch Gewaltakte den Betrieb zu schädigen. So sind an verschiedenen Stellen auf der Strecke Schiemen gesprengt worden, an anderen Stellen wurden Betriebsmittel beschädigt; es wurden Züge beschossen und die Beamten bedroht. Am 29. Juli wurde auf den ukrainischen Eisenbahnminister Butenko von einem Werkstättenarbeiter ein Attentat verübt, das glücklicherweise mißlang. Anderen höheren Eisenbahnbeamten ist mitgeteilt worden, daß sie vom Streikkomitee zum Tode verurteilt seien.

Diese terroristischen Maßnahmen nötigen die deutschen und österreich-ungarischen Militärbehörden im Benehmen mit der ukrainischen Regierung zur rücksichtslosen Anwendung der gesetzlichen Mittel. Einige solcher Gewaltaten überführte Personen wurden von Kriegsgerichten abgeurteilt und erschossen, zahlreiche andere wurden verhaftet.

In den letzten Tagen ist im allgemeinen der Eindruck verstärkt worden, daß der Streik langsam im Abflauen ist, und daß der Betrieb allmählich sich wieder dem normalen Zustand nähert.

Rohstoffkrieg.

In diesem Kriege sind viele und häufig sehr interessante Parallelen mit den großen Koalitionskriegen der napoleonischen Zeit gezogen worden. Beide Weltkriege gleichen sich auch darin, daß neben dem kriegerischen Vernichtungswillen der wirtschaftliche tritt. Napoleon beantwortete die englische Blockade mit der Kontinentalsperre, Deutschland mit dem U-Boot-Krieg. Nur greifen in dem heutigen Kriege die wirtschaftlichen Kampfmittel weit über den Augenblickserfolg hinaus: Ihr Ziel ist der dauernde Ruin des Gegners. Diesen Wirtschaftskrieg hat England begonnen und allmählich alle seine Kampfgefährten zu demselben Ziele bestimmt. Jetzt ist es eifrig am Werke, die Vereinigten Staaten, die schon heute den deutschen Handel bittere Fehde angesagt haben, auch für den Wirtschaftskrieg noch dem Waffenkrieg zu gewinnen. In seiner Ansprache an die Abordnung englischer Industrieller sagte Lloyd George:

Wir haben dieses Problem in den letzten zwei Wochen mit den Vertretern des Dominions besprochen, wie bereits 1916 mit unseren Bundesgenossen, zu denen damals Amerika noch nicht gehörte.

Eine Uebereinstimmung in dieser großen Frage würde bedeuten, daß die wirtschaftliche Lage in den Händen der Verbündeten bliebe. Die bisherigen Methoden des englischen Handelskrieges sind schon zum guten Teil bekannt. Gestützt auf den alten Satz des englischen Rechts, der den Handel mit allen Feinden Seiner Britischen Majestät für unwirksam erklärt und unter Strafe stellt, wurden schon in den ersten Kriegsmonaten alle Verträge für nichtig erklärt, alle Unternehmen Angehöriger feindlicher Länder wurden liquidiert. Die Vernichtung der deutschen Handelsorganisation wurde durch Proskriptionslisten aller neutralen Firmen vervollständigt, an denen deutsches Kapital beteiligt war, oder die auch nur mit Deutschen in Geschäftsverbindung blieben. Ja, es wurden sogar die Firmen geächtet, die deutsche Angestellte beschäftigen! Sehr bald setzte die Gesetzgebung ein, um die Niederlassung Deutscher in den betr. Ländern für lange Zeit unmöglich zu machen oder wenigstens nach Kräften zu erschweren. Die Einbürgerungsbedingungen, die Vorschriften über die Namensänderung und über die Einwanderung wurden verschärft. Nicht nur im englischen Mutterlande, sondern auch in den englischen Dominions. Kanada hat z. B. beschlossen, daß Deutsche künftig in ihren Firmen ihre Nationalität anzeigen müssen. Von einer ganzen Reihe von Gewerben sollen Deutsche überhaupt oder auf längere Zeit ausgeschlossen sein. Daneben tritt der eigentliche Rohstoffkrieg steigend in den Vordergrund, zum Teil gestützt auf die politische Macht oder den Einfluß des Kapitals, zum Teil durch Abschluß langfristiger Verträge mit hohen Lieferungspreisen hat sich England gesichert: Baumwolle aus Aegypten, Wolle aus Südafrika und Australien, Oelpalmfrüchte aus Westafrika, Kupfer aus Nordamerika, Blei und Zink aus Australien, Nickel aus Kanada, Getreide, Quebrachorinde, Weinsaat aus Argentinien, Jute aus Indien. Zur Zeit bemühen sich englische Agenten in den wenigen neutralen Ländern, noch Schiffsraum für die Nachkriegszeit zu chartern. Deutschland soll die Rohstoffe überhaupt nicht oder später und teurer als die Industrien der Ententeländer erhalten. Der Anschluß der Vereinigten Staaten an die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz soll den Ring hermetisch schließen.

Die geplanten Vorzugszölle für die Kolonien sind eine Ergänzung zu diesen Maßnahmen. Sie sollen den Lebensmittel- und Rohstofferzeugern einen dauernd bevorzugten Markt schaffen und sie dadurch vor der Versuchung bewahren, sich mit den Mittelmächten einzulassen.

Kein Wort ist zum Beweise nötig, daß der Rohstoffkrieg der deutschen Arbeiterschaft an Herz und Nieren geht. Bei der Abwehr muß scharf unterschieden werden zwischen dem, was gemeines Recht und was Ausnahmegesetz ist. Kein Deutscher darf in den Ententeländern ungünstiger als irgend ein anderer Fremder gestellt werden. Diese Forderung nach unbedingter Meistbegünstigung ist freilich nur wirksam zu betreiben, wenn auch Deutschland selbst an der Meistbegünstigung festhält und seinen Verbündeten keine Sondervorteile einräumt. Unendlich schwieriger wird es sein, einen Schlüssel für die Aufteilung der Rohstoffe und eine wirkliche Bürgschaft ihrer tatsächlichen Lieferung zu finden. Das Reichswirtschaftsamt dürfte sich zur Zeit mit diesem Problem beschäftigen. Die Möglichkeiten sind ebenso kompliziert, wie ihre Ausnützung von der jeweiligen politischen und militärischen Lage abhängig. Das wichtigste aber ist, daß die Ostprobleme so gelöst werden, daß Deutschland seinen Bedarf aus dem ehemaligen Rußland wenigstens teilweise decken und so die Waffe der Feinde abstumpfen kann und daß die Einsicht in die zwingende Notwendigkeit eines wahren Verständigungsfriedens die Reichsregierung und alle anderen Faktoren erfüllt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180807-18/fragment/page=0002

Die Nordd. Allg. Ztg. über die Rüstungsarbeiter.

Die von der reaktionären Presse vielfach angegriffene Statistik des Metallarbeiterverbands über die Löhne der Rüstungsarbeiter wird in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung als durchaus zutreffend bezeichnet. Die vielbesprochenen Riesenlöhne würden nur in Einzelfällen verdient, die dann fälschlich verallgemeinert würden. In Wahrheit sei der Stundenverdienst durchaus mäßig, und das höhere Wocheneinkommen werde nur durch Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit erzielt. „Jedenfalls zeigen diese Erhebungen, daß die überwiegende Mehrzahl der Arbeiter Arbeitslöhne erzielt, die mit Rücksicht auf die jetzt herrschende Teuerung als angemessen bezeichnet werden müssen."

Auch den Einwand, daß die Munitionsarbeiter erhebliche Zuschüsse durch Ueberweisung preiswerter Nahrungsmittel hätten, läßt das Regierungsblatt nicht gelten. Die Lieferung von Mittagessen, Käse, Speck und Butter käme überwiegend nur solchen Arbeitern zugute, die von der Heimat losgelöst sind und in den von den Werken eingerichteten Unterkunftshäusern leben müssen. Die ansässigen Arbeiter hätten die ganze Schwere der Teuerung für sich und ihre Familie zu ertragen.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung verweist dann darauf, daß die Erhebungen des christlichen Metallarbeiterverbandes genau das gleiche Resultat ergeben hätten. Auch die Berichte der acht großen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaften ergäben nur einen Durchschnittslohn für den Vollarbeiter von 2088 M. im Jahre gegen 1413 M. im letzten Friedensjahr, also eine Lohnsteigerung um 55 Prozent, die sicherlich wesentlich hinter der Verteuerung der Lebensmittel zurückbleibt.

Endlich verweist die Norddeutsche Allgemeine Zeitung sehr richtig darauf, daß die Löhne der bei den unorganisierten Arbeitern sicherlich nicht besser sind als bei den organisierten. Wo viele Familienmitglieder in der Munitionsindustrie arbeiteten, werde gewiß in einzelnen Fällen ein sehr hoher Familienlohn erreicht; aber auch das sei doch nicht die Regel. Gegen gelegentliche Ausschweifungen jugendlicher Arbeiter seien Vorkehrungen getroffen.

Das Regierungsblatt erwirbt sich ein Verdienst, indem es klipp und klar ausspricht, daß das Bierdankgewäsch und die Pressehetzerei über die Riesenverdienste der Munitionsarbeiter Uebertreibungen und Phantasie sind.

Der drohende Generalstreik in der Schweiz.

Basel, 5. August. Dem Oltener Aktionskomitee ist die Antwort des Bundesrats übermittelt worden und diese ist so ausgefallen, daß das Aktionskomitee damit nicht befriedigt ist. Die Zugeständnisse des Bundesrats sind nur teilweise Zugeständnisse und in den Hauptforderungen ist es beim ablehnenden Standpunkt geblieben. In bezug auf die Einschränkung der Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit gibt der Bundesrat eine Interpretation in dem Sinne, daß das Verbot der Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit auf die Arbeiterschaft keine Anwendung finden solle. In der Frage des Rückzugs der bundesrätlichen Verordnung über die Rückweisung der Deserteure hat der Bundesrat gar kein Zugeständnis gemacht, trotzdem die Neutralitätskommission mit großer Mehrheit einen Antrag gutgeheißen, daß dieser Beschluß rückgängig gemacht werden soll. Am meisten entgegengekommen ist der Bundesrat in den wirtschaftlichen Fragen, aber dieses Entgegenkommen ist doch nur problematischer Natur und von geringer praktischer Bedeutung; davon wird die Arbeiterschaft kaum befriedigt sein.

Aber am allerwenigsten befriedigt wird das eidgenössische Personal sein. Der Bundesrat hat zwar erklärt, daß er den Forderungen des eidgenössischen Personals im weitgehendsten Sinne entgegenkommen werde, aber das Entgegenkommen käme er noch nicht in bestimmte Formen kleiden, weil darüber noch die Bundesversammlung zu entscheiden habe.

Die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit für das Verkehrspersonal ist unerledigt geblieben; auch in der Frage der Nachtteuerungszulage hat sich der Bundesrat noch nicht zu bestimmten Zusagen entschließen können, weil ein solcher Entscheid doch nicht ohne genaue Vorstudien getroffen werden könnte.

Angesichts dieser Situation muß man fragen: **Wie stellt sich die Arbeiterschaft zum Standpunkt des Bundesrats?** Die sozialdemokratische Presse beschränkte sich auf die bloße Wiedergabe des Aufrufs des Aktionskomitees, welcher die Arbeiterschaft auffordert, die Vorbereitungen zum Generalstreik zu treffen. Damit ist noch nicht gesagt, daß der Generalstreik in absolut sicherer Aussicht stehe. Die Stimmung unter der Arbeiterschaft ist allerdings in der Mehrheit für den Generalstreik; das Zentralkomitee des schweizerischen Typographenbundes gelangte in seiner Sitzung, in welcher es den Bericht vom Basler Arbeiterkongreß entgegennahm, zu dem Schlusse, die schweizerischen Buchdrucker werden sich mit der übrigen Arbeiterschaft solidarisch erklären. Eine ähnliche Erklärung gaben auch die Verbandsleitungen der Holz- und Metallarbeiter ab. Man hatte ursprünglich geglaubt, diese Verbände würden das Mitmachen beim Generalstreik ablehnen.

Wie in der Arbeiterschaft, so werden auch in der Unternehmerschaft und bei den Behörden die Vorbereitungen für den Generalstreik getroffen. Die Gazette de Lausanne will von Bern erfahren haben, daß der Bundesrat das gesamte Bahnpersonal, das Personal der Post- und Zollverwaltung mobilisieren werde, desgleichen werde die ganze Armee aufgeboten. Man rechnet also in den Kreisen der Bundesverwaltung mit dem Ausbruch des Generalstreiks.

Der gesamten schweizerischen Bevölkerung hat sich eine gewaltige Erregung bemächtigt. Auf aller Lippen schwebt die Frage: „Wird der Generalstreik kommen?"

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Das Zentrum für Abrüstung?

In der Germania behandelt der Zentrumsabg. Kuckhoff das Problem der Abrüstung im Zusammenhange mit der Wiedererwerbung unseres Kolonialbesitzes. Er meint:

Sollen die Völker wirklich frei sein in der Ausübung ihrer kulturellen und wirtschaftlichen Verpflichtungen gegenüber den Kolonien, so muß der Schiedsgerichtsgedanke und der Grundsatz der Freiheit der Meere auf eine breitere Grundlage gestellt werden. Für sich allein hängen beide Punkte in der Luft. Sie müssen sich erweitern zu dem Grundsatze der allgemeinen Abrüstung. Nur wenn der durchgeführt ist, werden die Völker international wirklich frei sein.

Herr Kuckhoff verschiert, daß dies der Standpunkt des Zentrums sei, der sich übrigens auch mit den Bestrebungen des Papstes decke, und fährt dann fort:

Rüsten die Völker nach dem Kriege weiter, dann tragen sie ein Joch, das sie alle zu Boden drückt. Dann ist insbesondere eine weltwirtschaftliche und kulturelle Durchdringung des Kolonialbesitzes gar nicht möglich, vor allem für das in Europa infolge seiner geographischen Lage eingezwängte Deutschland. Sein Kolonialbesitz, auf den es unter keinen Umständen mehr verzichten kann, wird, so geschlossen er auch sein mag, in der Luft hängen, jedem willkürlichen Angriff unserer Feinde ausgesetzt. Deshalb steht und fällt eine Kolonialpolitik, der rein wirtschafts- und kulturpolitische Gesichtspunkte zugrunde liegen, mit der Durchführung des Gedankens der Abrüstung. Ohne diese gibt es nicht Schiedsgericht und nicht Freiheit der Meere, ohne diese werden die Kolonien militarisiert und nicht christianisiert werden.

Was hier gesagt wird, läßt sich hören; wie sich das Zentrum aber stellt, wenn erst die Entscheidung über die Frage der Abrüstung fallen soll, bleibt vorerst abzuwarten. Gerade bei einer so verschiedenartig zusammengesetzten Partei, wie es das Zentrum ist, stehen Theorie und Praxis keineswegs immer im Einklang.

Maßnahmen gegen die Wohnungsnot.

Das stellvertretende Generalkommando des 18. Armeekorps hat eine Verordnung erlassen, wonach die Vermieter von Ein- bis Fünfzimmerwohnungen die vermieteten Wohnungen nicht ohne Einverständnis des bisherigen Mieters kündigen dürfen, falls nicht der zuständige Landrat oder Magistrat seine Zustimmung erteilt hat. Ohne Zustimmung dieser Behörden dürfen auch Räume, die bisher als Wohnstätten gedient haben, nicht zu anderen Zwecken verwendet werden. Leerstehende Wohnungen müssen dem Landrat oder Magistrat auf Verlangen zu einem angemessenen Preise zur Verfügung gestellt werden.

Mieterschutz.

Eine in Frankfurt a. M. stattgefundene Tagung der Mieteinigungsämter stellte zum Schutze der Mieter folgende Grundsätze auf:

1. Mieteinigungsämter sollen nicht obligatorisch in allen Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern eingerichtet werden, sondern nur da, wo ein Bedürfnis dafür besteht.
2. Die Landeszentralbehörden sollen berechtigt sein, den Gemeindebehörden auf Antrag das Recht einzuräumen, alle Mietpreiserhöhungen von der vorherigen Genehmigung der Mieteinigungsämter abhängig zu machen.
3. Das Recht, die Mieteinigungsämter anzurufen, soll erweitert werden auf laufende Mietverträge und auf Neumietungen.
4. Die von den Mieteinigungsämtern hergestellten Vergleiche sind vollstreckbar. Meinungsverschiedenheiten bestanden darüber, ob auch die von den Einigungsämtern getroffenen Entscheidungen vollstreckbar sind.
5. Den Hausbesitzern ist Schutz gegen die Hypothekengläubiger zu gewähren.
6. Bei langfristigen Verträgen sind Mietserhöhungen nicht schlechthin zulässig, sondern nur gewisse, durch bestimmte Mehrausgaben, wie für Heizung und dergleichen, begründete.

Das böse Beispiel.

Dem Meiningischen Landtag ist ein Gesetzentwurf zugegangen, der das gleiche, sich auf eine Stimme beschränkende Wahlrecht in den Gemeinden einführen will. In der Deutschen Tageszeitung, die von der Annahme dieses Gesetzentwurfs Unheil erwartet, wird deshalb die Meiningische Regierung wie folgt angehaucht:

Die Meiningische Regierung will mit ihrem Entwurf sicherlich volkstümliche Politik treiben, will aus edlen Motiven heraus vermeintlich Entrechteten zum Recht verhelfen. Aber sie wählt ein Mittel, das von andern deutschen Bundesregierungen abgelehnt wird, weil es in seiner tatsächlichen Wirkung eine Entrechtung anderer äußerst wertvoller Volkskreise bedeutet. Die Heranziehung der Sozialdemokraten zur praktischen Mitbetätigung in der Gemeinde muß auf anderem Wege gesucht werden und ist anderwärts auch auf anderem Wege schon ermöglicht.

Oesterreich-Ungarn.

Erhöhung der Wiener Brotration.

Vom Sonntag an erhält die Bevölkerung Wiens wieder die volle Brotration. Der Preis des Brotes wird um 16 v. H. erhöht. Ein Kilogramm Brot wird 1 Krone 36 Heller kosten, so daß der gesetzliche Einheitslaib von 126 Dekagramm 1 Krone 56 Heller kosten wird.

Deutscher Heeresbericht vom 6. Aug.

wtb. Großes Hauptquartier, 6. August. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Lebhafte Erkundungstätigkeit namentlich im Ancre- und Avre-Abschnitt und südlich von Montdidier. Am Abend vielfach aufflammender Feuerkampf. Württemberger erstürmten heute früh nördlich der Somme die vorderen englischen Linien beiderseits der Straße Bray—Corbie und brachten etwa 100 Gefangene ein.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nach erfolglosen Teilvorstößen ging der Feind gestern mit stärkeren Kräften zum Angriff gegen den Beste-Abschnitt beiderseits von Braisne und nördlich von Jonchery vor. Aus kleinen Waldstücken auf dem Nordufer des Flusses, in denen er sich vorübergehend festsetzte, warfen wir ihn im Gegenstoß wieder zurück. Einige hundert Gefangene blieben hierbei in unserer Hand. Im übrigen brach der Angriff des Feindes schon vor Erreichen der Beste in unserem Artillerie- und Maschinengewehrfeuer zusammen.

Leutnant Udet errang seinen 44., Leutnant Bolle seinen 28. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Gewerkschaftliches.

Neue Bestimmungen über Beschäftigung von Arbeitern bei der Zigarrenherstellung.

Nach einer Bekanntmachung des Reichskanzlers ist der Zentrale für Kriegslieferung von Tabakfabrikaten (Sitz Minden i. W.) die Befugnis übertragen worden, über die Beschäftigung von Arbeitern in den Betrieben der Zigarrenherstellung gewisse Vorschriften zu erlassen. Die gemeinsame Zentrale hat mit Rücksicht auf die starke Einschränkung der Herstellung von Zigarren, die gegenwärtig bekanntlich nicht weniger als 60 v. H. der Herstellung der ersten sieben Monate des Jahres 1917 beträgt, von der Befugnis Gebrauch gemacht. Sie erließ am 29. Januar 1918 eine Reihe Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeitern in Zigarrenherstellungsbetrieben, die in der Hauptsache gemäß dem Wunsche der Tabakarbeiterverbände, den Schutz der berufsständigen Arbeiter und Arbeiterinnen bezweckte. In den Jahren 1915 und 1916 mußten ohne den Ersatz für die zum Heeresdienst eingezogenen Tabakarbeiter etwa 70 000 neue Arbeitskräfte in die Industrie eingetreten sein. Dann kam der Tabakmangel. Um nun besonders die alten, schwachen und gebrechlichen Arbeiter vor der Entlassung zu schützen, war es notwendig, zu bestimmen, daß die neuangelernten Arbeitskräfte zuerst entlassen werden mußten. Das wurde denn auch verfügt, indem sämtliche vor dem 1. August 1914 in der Zigarrenherstellung nicht beschäftigten Personen entlassen werden sollten. Nun hat die Zentrale für Kriegslieferungen eine neue Verfügung, nachdem sie sich wieder mit den Tabakarbeiterverbänden verständigte, erlassen.

Mit den Rohtabakvorräten steht es nämlich so, daß die Zigarrenfabrikation trotz der Beschränkung der Herstellung auf 40 v. H. nur noch bis in die ersten Monate des kommenden Jahres mit verfügbaren Rohstoffen rechnen kann. Dann würden natürlich sämtliche in der Zigarrenherstellung Beschäftigten zu entlassen sein. Die neue Verfügung geht nun von dem Gesichtspunkt aus, daß schon jetzt Rücksicht auf die spätere Beschränkung und den gänzlichen Schluß genommen werden muß; und da auch andere als Berufsunständige zur Entlassung kommen müssen, muß eine grundsätzlich andere Regelung eintreten, immer aber unter Schonung der alten und schwächlichen Personen. So ist von nun an nicht nur die Berufsständigkeit, sondern auch die Verwendbarkeit in anderen Berufen maßgebend. Es heißt jetzt: In der Zigarrenindustrie dürfen nur Arbeiter weiter beschäftigt werden, die bereits vor dem 1. August 1914 in ihr tätig waren mit Ausnahme solcher, welche zur Arbeit in anderen Erwerbszweigen nicht fähig sind.

Die alte sowohl wie die neue Verfügung (vom 29. Juli 1918) verlangt ferner daß die in der Zigarrenindustrie verbleibenden Arbeiter voll beschäftigt werden müssen. Manche Unternehmer hatten noch nach der ersten Verfügung die Arbeitszeit beschränkt oder ließen aussetzen, um ihr Personal zu halten. Die Arbeiter aber hatten den Schaden davon durch erhebliche Verdienstverminderung. Da aber Arbeitskräfte überflüssig sind und immer mehr werden, ist es vor allem nötig, die jungen Arbeitskräfte abzustoßen, zumal es in anderen Berufen an Arbeitern mangelt. Die Tabakarbeiterverbände mußten im Interesse der Arbeiterschaft gerade darauf bestehen. Nur der freie Sonnabendnachmittag gilt auf ihren Antrag hin nicht als Beschränkung der Arbeitszeit. Soweit die Vollbeschäftigung nicht möglich ist, sind diejenigen Arbeiter zu entlassen, welche nur nebenbei zur Erlangung eines für den Lebensunterhalt nicht notwendigen Verdienstes tätig sind, sowie solche, welche nicht durch häusliche Verhältnisse oder andere zwingende persönliche Gründe an ihren Wohnort gebunden und körperlich imstande sind, sich in anderen Erwerbszweigen zu betätigen. Aus wirtschaftlichen Gründen können auch jetzt, wie nach der ersten Verfügung, Betriebsstätten stillgelegt werden. Neu- und Wiedereinstellung von Arbeitern darf nur mit Genehmigung der Zentrale erfolgen, und sind arbeitslose berufsständige, in anderen Erwerbszweigen nicht verwendbare, vornehmlich auch kriegsbeschädigte Tabakarbeiter zunächst zu berücksichtigen. Bei dem Wiederaufbau der Industrie sind jene Tabakarbeiter vorzugsweise wieder einzustellen, die im Heeres- oder Hilfsdienst gestanden haben, sowie jene, die nach ihrer Entlassung in anderen Erwerbszweigen tätig gewesen sind.

Entstehen Streitigkeiten über die Verwendbarkeit der Arbeiter in anderen Berufen, so entscheidet darüber ein Bezirksausschuß. Solcher Bezirksausschüsse werden von der Zentrale 10 eingerichtet, denen je zwei Vertreter der Unternehmer und zwei der Arbeiter angehören werden. In letzter Instanz entscheidet die Zentrale.

Zur besseren Hinüberleitung der Arbeiter und Arbeiterinnen in andere Berufe, besonders dann, wenn die Herstellung von Zigarren ganz eingestellt werden muß, haben die Unternehmer Personalkarten zu führen, die bei Entlassungen sofort an die Arbeitsnachweise abzugeben sind.

Das sind im wesentlichen die Bestimmungen, die künftig für die Beschäftigung und Entlassung von Tabakarbeitern, soweit die Zigarrenherstellung in Frage kommt, gelten. Der Krieg wirkt schwer auf die Tabakindustrie, besonders aber auf die Tabakarbeiter; so schmerzlich es ist, wenn allgebiete Arbeitskräfte ihren Beruf verlassen müssen, es konnte nicht verhindert werden; aber Licht und Schatten möglichst gleichig zu verteilen, ist Aufgabe der organisierten Tabakarbeiter. Und sie glauben, es bei der Mitwirkung bei dieser Verfügung getan zu haben.

Aus aller Welt.

Schwerer Unfall im Zirkus Sarrasani. Berlin, 6. August. Bei der gestrigen Abendvorstellung im Zirkus Sarrasani ereignete sich ein schwerer Unfall. Die „drei Meinekes" stürzten aus einer Höhe von 12 Metern in die Arena ab. Schwerverletzt wurden die Künstler hinausgetragen. Sofortige ärztliche Hilfe stellte fest, daß zwei von ihnen Schädelbrüche erlitten hatten, während der dritte mit leichteren Verletzungen davongekommen ist. Von den beiden Schwerverletzten ist inzwischen der eine gestorben.

Ein Riesendiebstahl. Ham (Westf.), 7. August. In hiesigen und Ibbenbüren Fabriken sind von einer organisierten Diebesbande Diebstähle in Schnellbrechstahl im Werte von mehreren hunderttausend Mark verübt worden; es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Ein Polizist von Wilderern erschossen. Schwanebeck, 6. Aug. In der Nacht vom Sonntag zum Montag ist hier der Hilfspolizeisergeant Schmidt von zwei Wilderern überfallen und erschossen worden. Die Täter, ein oft vorbestrafter Wilderer und sein Sohn, sind bereits verhaftet.

Letzte Nachrichten.

Paris, 6. August. (Reuter.) Die Beschießung des Pariser Bezirks mit weittragendem Geschütz hat heute Morgen wieder begonnen.

Paris, 6. August. (Havas.) Malvyprozeß. Der Staatsgerichtshof beschloß in der Sitzung am Montag mit 96 gegen 88 Stimmen, nacheinander die folgenden Fragen zu prüfen: Souveränität, Unzuständigkeit und Hauptanklagepunkte.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Magerr- oder Buttermilch. Donnerstag, nachmittags von 2 Uhr an auf Abschnitt 11 des Einkaufsscheins über Molkereierzeugnisse beim Molkereibesitzer Scharfe, Rudolf-Heymstraße 35 und in den Verkaufsstellen der Niemberger Molkerei, Lindenstraße 52 und Beesener Straße 1. Zugelassen Nr. 26501 bis 29500 der neuen Lebensmittelscheine. Jedes Kind im Alter von 6—12 Jahren 1/2 Liter für 12 Pf.

Marmelade. Von Donnerstag an auf Marke 219 des Warenbezugsscheins 17 jede Person 1/2 Pfd. zum Preise von 92 Pf. pro Pfund.

Käse. Donnerstag, vormittags von 8—12 Uhr Nr. 27001—28500, nachmittags von 2—6 Uhr: Nr. 28501—31000 der Lebensmittelscheine. Jede Person 35 Gramm für 25 Pfennig in der Talamtschule.

Quark. Donnerstag, auf Abschnitt 11 des Einkaufsscheins über Molkereierzeugnisse bei den Milchhändlern Schentling, Forster Straße 38, Schönherr, Grünstraße 17 und Jander, Unterberg 7. Jedes Kind von 6—12 Jahren 1/2 Pfund für 37 Pf. Zugelassen Nr. 39001—46000 der neuen Lebensmittelscheine.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180807-18/fragment/page=0003

Bekanntmachung.

Auf Grund des Artikels 68 der Reichsverfassung, des § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand und des Gesetzes vom 11. 12. 1915, betreffend die Abänderung dieses Gesetzes, verordne ich im Interesse der öffentlichen Sicherheit:

Jede Abänderung oder Unkenntlichmachung von Militärwaffen, insbesondere die Entfernung von Stempeln und ähnlichen Kennzeichen ist verboten.

Zuwiderhandlungen werden, soweit die bestehenden Gesetze keine höhere Freiheitsstrafe bestimmen, mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Haft oder Geldstrafe bis 1500 Mark erkannt werden.

Die Bekanntmachungen über den Verkauf von Waffen und Munition werden in Erinnerung gebracht.

Diese Bekanntmachung tritt am 8. August 1918 in Kraft.

Magdeburg, den 31. Juli 1918.

Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armeekorps:
Sontag,
Generalleutnant.

1426]

Bekanntmachung.

Die Inhaber von Gastwirtschaften werden aufgefordert, die auf ihren Betrieb entfallenden **Zuckermarken und Bezugsscheine für Süßstoff** und zwar die Geschäftsinhaber mit den Anfangsbuchstaben A—G, am Mittwoch, dem 7., diejenigen mit den Anfangsbuchstaben H—N, am Donnerstag, dem 8., diejenigen mit den Anfangsbuchstaben O—S, am Freitag, dem 9. und diejenigen mit den Anfangsbuchstaben T—Z, am Sonnabend, dem 10. August 1918, vormittags von 8—12½ Uhr im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, II. Obergeschoß, Zimmer 9, abzuholen.

Ein Ausweis ist mitzubringen.

Halle, den 6. August 1918. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung betreffend Kohlenversorgung.

Sämtliche Händler und Kohlenbezugsvereinigungen werden aufgefordert, die Bestellungen (Bezugsscheine des Reichskommissars) für den Monat **September spätestens bis zum 10. August 1918** in einer Gesamtaufstellung einzureichen.

Gleichzeitig haben bis zu diesem Zeitpunkt sämtliche Händler und Bezugsvereinigungen zu melden, wieviel Kohlenkarten zu 10 Zentner bzw. 20 Zentner Briketts noch beliefert werden müssen, bzw. welche Kohlenmengen (getrennt nach Sorten) auf Bezugsscheine noch zu liefern sind.

Halle, den 6. August 1918.

Die Ortskohlenstelle.

Hallischer Hausfrauenbund
Unterricht im Ausbessern von Strümpfen
(kein Stopfen), nachmittags und abends.
Lehrgang 2 Mark, für Mitglieder 1.50 Mark.
Anmeldungen: Rathausstraße 171, 10—12 Uhr vorm., Geschäftsstelle Gr. Steinstraße 161, 10—12 u. 4—6 Uhr, bei **Otto Straube,** Barfüßerstraße 11, im Laden, Frau **Bruckhoff,** Bismarckstr. 24, Erdgeschoß. [1427

Dr. Ed. David M.d.R.:
Wer trägt die Schuld am Kriege?
Diese Frage hat Genosse Eduard David in einer vor dem holländisch-skandinavischen Friedenskomitee in Stockholm am 4. Juli 1917 gehaltenen Rede beantwortet. Diese Rede ist unter vorstehendem Titel soeben in unserem Verlag im Druck erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die imperialistischen Gaunerstücken. — Die Entente als Weltverteilungssyndikat. — Die Politik der Zentralmächte. — Die Einkreisung Deutschlands. — Die Größe der Gefahr für Deutschland. — Der Ausbruch der Krisis usw.
Die Broschüre ist auch durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Preis beträgt 1.— Mk.
Zu beziehen durch die:
Buchhandlung Volksstimme, Gr. Ulrichstr. 27

Umpreßhüte
werden angenommen.
Umarbeitungen nach neuesten Formen.
Große Auswahl neuer
Velour-, Samt- und Filzhüte.
Fritz Mösenthin
Burgstraße 1, gegenüber der Burg.
1404]

Buchhandlung der Volksstimme
Fernsprecher 5407 **HALLE** Gr. Ulrichstraße 27

Empfehlenswerte Schriften belehrenden und unterhaltenden Charakters:

Die Gleichheit Zeitschrift zur Verfechtung der Interessen der schaffenden Frau.
Einzelnummer . . . . . 10 Pf.

In freien Stunden Wochenschrift, enthaltend spannende Romane und interessante Erzählungen für jede Arbeiterfamilie. Wöchentlich eine Nummer zum Preise von . . . . . 15 Pf.

Der Wahre Jacob Illustrierte politisch-satirische Wochenschrift, die einzelne Nummer . . . . . 15 Pf.

Berliner Illustrierte Zeitung
Einzelnummer . . . . . 10 Pf.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
herausgegeben unter Leitung von Dr. med. Zadek. Ca. 50 verschiedene Bändchen . . . . . à 20 Pf.

Dokumente zum Weltkrieg
Bearbeitet von Eduard Bernstein

Reichhaltige Roman-Bibliothek
der beliebtesten Autoren.

Für die Schneiderei:
Modenzeitung / Frauenzeitung / Praktische Damenmode
Hausschneiderei/Sonntagszeitung/Deutsche Modenzeitung

Möbel auf Teilzahlung.
Empfehle mein großes Lager in 3 Etagen in ganzen Wohnungs-Einrichtungen, sowie einzeln. Möbeln, besonders schöne Schlafzimmer, Bettstellen u. Matratz., Betten, Kleiderschränke Vertikos, Küchenmöbel aller Art.
Kredit auch nach auswärts.
N. Fuchs, Möbel- Ausstattungs-Geschäft, [1270
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 58, I., II., III. Etage.

Dauernd Parteikrieg oder Wiedervereinigung.
Erwägungen und Anregungen zur Krise in der deutschen Sozialdemokratie.
Von R. Drescher.
Preis 20 Pfennig.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Volksstimme, Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Bettfedern, Daunen fertige Betten
empfiehlt [1008
Eduard Graf, Halle
Markt 11.

Liköre
Pfefferminz-Likör, Flasche M. 2.15
Magenbitter- „ „ „ 2.15
Wermut- „ „ „ 3.75
Kirsch- „ „ „ 3.85
Sherrybrandy- „ „ „ 3.85
Sämtliche Getränke alkoholfrei.
Kaufhaus H. Elkan,
1386] Leipziger Straße 87.

Stadtbad.
Haut- und Haarpflege-Räume, „Fara"-Haarkuren erfolgsich, Kopfwäsche, „Fara"-Messagen, Haarentfettungskur, Kräuter-Behandlung, Gesichts-Kräuter-Dampfbäder, unsichtbare Hautschälkur gibt Jugendfrische, behebt Erschlaffungen, Beseitigung von Mitessern, Gries, fettb., großporig., sprüd. Haut, Sommersprossen, Gesichts-, Nasenröte, Leberfleck., Warzen, Damenbärte schmerz- u. narbenl., Hand- u. Fußpflege. — Tel. 5843. [1415

Die Glocke
Sozialistisch. Wochenschau
Heft 30 Pf., im Abonnement vierteljährlich 3.50 M., empfiehlt die
Buchhdlg. Volksstimme,
Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Der
Wahre Jacob
Preis 15 Pfennig
Buchhandlung Volksstimme
Halle, Gr. Ulrichstraße 27

Spielwaren
in großer Auswahl
zu billigen Preisen
1336] im
Kaufhaus
H. Elkan,
Leipziger Straße 87.

Gustav Uhlig
Untere Leipziger Straße
Billige, gute Bezugsquelle
in vorteilhaften
Musikinstrumenten
für unsere Krieger im Felde und Verwundeten in der Heimat. Dauerhafte, rein abgestimmte Mundharmonikas Mandolinen, Gitarren Wiener Zithermonikas.
Sonntags geöffnet von ½12 bis ½2 Uhr.

Soeben erschienen:
Der Mieterschutz
Eine gemeinverständliche Darstellung nach den kriegszeitlichen Bekanntmachungen über
Einigungsämter, Zahlungsfristen Mietfragen und Kriegsteilnehmerschutz
von
Arbeitersekretär **Fritz Henck**
Preis **30** Pf., nach auswärts **40** Pf. gegen Voreinsendung.
Zu beziehen von der
Buchhandlung der Volksstimme
Halle, Gr. Ulrichstraße 27

Die Internationalität und der Krieg
von Karl Kautsky — Preis 20 Pf.
Elsaß-Lothringen und die Sozialdemokratie
von Hermann Wendel — Preis 40 Pf.
Zu haben in der
Buchhandlung Volksstimme, Halle
Gr. Ulrichstraße 27.

Weißenfels.
Gasthof Roter Löwe.
Freundliches Familienlokal der Neustadt.
Empfiehlt täglich, auch außer dem Hause, vorzüglich gepflegtes [1377
Oettler-Lagerbier, hell,
sowie Kulmbacher St. Petri, dunkel.

Geige kauft [1392
Mag, Torstr. 49.

Fahrräder
Nähmaschinen 30 M.
Großes Lager
gebr. Möbel:
Sofas, Bettfedern, kompl. Bettstellen, Vertikows 75 M., Kommoden und Kleiderschränke von 60 M. verkauft
R. Sachse
Hohenmölsen,
Lützner Str. 7.

Dauerhafte
Rucksäcke
sehr preiswert. [1296
C. F. Ritter
Leipziger Str. 90.

In Freien Stunden
Wochenschrift
voll spannender Romane und Erzählungen.
Preis 15 Pf.
Buchhdlg. Volksstimme,
Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Arbeiter,
abonniert die Volksstimme!

Bad Wittekind.
Heute Mittwoch abends 8 Uhr:
Operetten- u. Walzer-Abend
vom [1421
Stadttheater-Orchester, als Ehrenabend für Kapellmeister Karl Röhren.

Zoo
Donnerstag, 8. August, 4 und 7½ Uhr:
Konzert
vom [1429
Stadttheater-Orchester. Leitung: Kapellmeister Karl Röhren.
Eintrittspreise für Erwachsene 50 Pf., von 7 Uhr ab 35 Pf., Kinder 20 Pf.
Militär ohne Dienstgrad zahlt vormittags 10 Pf., nachmittags 20 Pf.
Bei ungünstigem Wetter finden die Konzerte im Saale statt.

Schuhe
werden mit Lederstücken und Oberleimen besohlt und repariert. [1100
Hoffmann, Schützenstr. 20.

Schuhe und Stiefel
werden besohlt und repariert [900
Burgstraße 48, p. r.

Lumpen, Knochen, Eisen, Metalle, Papier
kauft
Alb. Bodejan, Große Klausstr. 22.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180807-18/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 180. Halle, Mittwoch den 7. August 1918. 2. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 7. August 1918.

Dürfen ungezogene Kinder von fremden Personen gezüchtigt werden?

J. A. Die Frage, ob es ein allgemeines Recht gibt, ein Kind wegen einer Ungehörigkeit durch Schläge zu strafen, ist sehr strittig. Häufig wird die auch in der Rechtsprechung schon festgelegte Ansicht vertreten, daß jeder Volksgenosse das Recht habe, zur Ergänzung des elterlichen Erziehungsrechtes und in dessen Umfange durch Züchtigung gegen jugendliche Ausschreitungen vorzugehen, mindestens dann, wenn Eltern oder Lehrer nicht anwesend sind und eine sofortige Bestrafung angebracht ist. Kürzlich hat aber (vergl. Gesetz und Recht, 1918, S. 172) das bayrische Oberste Landesgericht die gegenteilige Ansicht vertreten. Auch die irrtümliche Annahme eines solchen Züchtigungsrechts mache nicht straffrei. In dem betreffenden Streitfalle handelte es sich darum, daß der Sohn des Angeklagten von einem anderen Knaben in ein Erbloch gezerrt worden war. Der Angeklagte war seinem Sohn zu Hilfe geeilt und hatte den ihm als Täter bezeichneten Knaben abgeschüttelt und mit der Hand einige Schläge gegeben, so daß dieser zu Boden fiel, das Oberste Landesgericht bestätigte die Bestrafung des angeklagten Vaters wegen Körperverletzung. Ein Züchtigungsrecht, so sagt das Gericht, stehe nur solchen Personen zu, die zu dem Kinde in einem besonderen Rechtsverhältnis ständen, das an sich ein Züchtigungsrecht begründe, wie das z. B. bei den Eltern und Lehrern der Fall sei. Im vorliegenden Falle habe es an solchen persönlichen Beziehungen gefehlt. Ein wegen Versagens der Erziehung durch die Eltern von diesen abgeleitetes fremdes Züchtigungsrecht kennen die Gesetze nicht, insbesondere nicht das Strafrecht. Die Vertreter der entgegengesetzten Anschauung seien über Grund, Voraussetzungen und Umfang des Züchtigungsrechts fremder Kinder nicht einig.

Es sei hier hinzugefügt, daß auch das Reichsgericht schon einen Angeklagten wegen Körperverletzung verurteilt hat, der einem neunjährigen Jungen mit einer Peitsche zehn kräftige Hiebe verabreicht hatte, weil er ihm tags zuvor Lehren gestohlen habe. Den Einwand, der Bestohlene habe ein Züchtigungsrecht, bezeichnete das Reichsgericht als irrige Auffassung. Ein aus diesem Grunde abgeleitetes Züchtigungsrecht sei unserm Strafrecht fremd.

•

Die Kleidersammlung und die Heeresangehörigen.

Die Reichsbekleidungsstelle macht folgende Mitteilung: „An der Front sind verschiedentlich beunruhigende Gerüchte verbreitet, daß die Reichsbekleidungsstelle beabsichtige, bei der Reichskleidersammlung auch die Zivilkleidung der im Felde stehenden Soldaten zu beschlagnahmen. Die Reichsbekleidungsstelle beabsichtigt keineswegs, den Leuten draußen, die für uns kämpfen, daheim ihre unentbehrlichen Kleidungsstücke wegzunehmen. Heeresangehörige, die im Felde stehen, können selbstredend nicht zur Abgabe einer Bestandsanzeige aufgefordert werden. Da diese Aufforderung nach Sinn und Wortlaut der Anordnungen der Reichsbekleidungsstelle nur an die Personen zu richten ist, die voraussichtlich einen abgabefähigen Anzug besitzen, kommt die Ehefrau für die Abgabe einer Bestandsanzeige nicht in Betracht. An die Ehefrauen der im Felde stehenden Heeresangehörigen dürfen daher die Kommunalverbände die Aufforderung zur Anzeige des Bestandes der Anzüge ihrer Ehemänner nicht ergehen lassen."

Bisher war man der Ansicht, die Reichsbekleidungsstelle wolle überhaupt nur die entbehrlichen Kleidungsstücke einziehen. Wenn sie jetzt versichert, sie beabsichtige nicht, den im Felde stehenden Soldaten „daheim ihre unentbehrlichen Kleidungsstücke wegzunehmen", so muß dadurch der Verdacht erweckt werden, daß eine solche Absicht der Zivilbevölkerung gegenüber allerdings bestehe. Indessen mag hier die unbeholfene Ausdrucksweise des Reichsbekleidungsstiftsten die Schuld tragen. Bedenklicher erscheint die Tatsache selbst, daß alle im Felde stehenden Heeresangehörigen von der Bestandsanzeige befreit sein sollen. Denn unbeschadet der Rücksichtnahme, die wir denen schuldig sind, die draußen für uns kämpfen, verstehen wir nicht recht, weshalb wohlhabende, reiche und schwerreiche Leute, die zu den Fahnen einberufen sind und daheim über große, den notwendigen Bedarf weit übersteigende Vorräte an Zivilkleidern verfügen, die sie während der Dienstzeit überdies gar nicht benutzen, von der Bestandsaufnahme und Ablieferung befreit sein sollen. Wir sind der Meinung, daß die Bestandsaufnahme und die eventuelle Beschlagnahme der Kleidungsstücke, wenn sie sich schon nicht vermeiden läßt, grundsätzlich vom Jahreseinkommen abhängig gemacht werden muß. Und unter dieser Voraussetzung vermögen wir nicht einzusehen, weshalb man von der Inanspruchnahme reich begüterter Heeresangehöriger, die über entbehrliche Zivilkleidervorräte verfügen, Abstand nehmen sollte.

•

Der Mangel an Arbeitskräften.

Sehr lehrreich sind die Zahlen über die Tätigkeit der rund 30 Hallescher Arbeitsnachweise. Sie zeigen, daß der Mangel an Arbeitskräften immer mehr zunimmt. Bei den Halleschen gemeinnützigen Stellenvermittelungen (also dem städtischen Arbeitsnachweis, den Arbeitsnachweisen der Unternehmerverbände, der Innungen und der Gewerkschaften) wurden im Juni 1918 zusammen 1498 männliche und 1570 weibliche Arbeitsuchende gemeldet. Einschließlich des Restes vom Vormonat Mai waren insgesamt 1656 männliche und 1770 weibliche Arbeitsuchende vorhanden. Ihnen standen 2042 männliche und 1793 weibliche neugemeldete offene Stellen gegenüber, ihre Gesamtzahl mit den aus dem Vormonat verbliebenen betrug 3001 bzw. 2712. Hieraus ergibt sich, daß die Zahl der offenen Stellen für männliche Arbeiter annähernd doppelt so groß ist als die der männlichen Arbeitsuchenden. Auch der Ueberschuß der offenen Stellen für weibliche Personen ist ständig gewachsen.

Zum Vergleiche sei darauf hingewiesen, daß im Juni 1914, also vor Kriegsausbruch bei den Arbeitsnachweisen der Stadt Halle 3236 männliche Arbeitsuchende vorhanden waren, denen nur 1741 offene Stellen gegenüberstanden. Es war also das Verhältnis ein umgekehrtes. Auch bei den weiblichen Personen, bei denen übrigens Angebot wie Nachfrage bedeutend geringer war, überwog die Zahl der Arbeitsuchenden.

Die Zahl der wirklich besetzten Stellen ist immer etwas geringer als das der Arbeitsuchenden bzw. offenen Stellen. Das hat seinen Grund darin, daß nicht immer der Stellensuchende die passende Beschäftigungsgelegenheit oder umgekehrt die offene Stelle nicht immer die geeignete Persönlichkeit findet. Im Juni 1918 wurden 1316 männliche und 1348 weibliche Stellen tatsächlich besetzt. Es konnten also trotz großer Nachfrage nach Arbeitskräften nicht alle die zur Verfügung stehenden untergebracht werden. Wenigstens nicht gleich. In vielen Fällen werden sie dann ohne den Arbeitsnachweis Unterkommen gesucht und gefunden haben.

Bei den Halleschen Arbeitsnachweisen hat auch die Vermittelung nach auswärts eine große Bedeutung. Im Juni 1918 befanden sich unter den oben angegebenen Gesamtzahlen 642 männliche und 448 weibliche auswärtige Arbeitsuchende. Die Zahl der von auswärts gemeldeten offenen Stellen betrug 1339 bzw. 1217. Es besteht aber unter den Arbeitsuchenden im allgemeinen wenig Neigung, nach auswärts zu gehen, denn es wurden in Wirklichkeit nur 75 männliche und 87 weibliche Personen nach auswärts vermittelt. Zum guten Teil handelt es sich bei den auswärtigen offenen Stellen um solche in der Landwirtschaft. Die Behandlung der Arbeiter durch die Gutsbesitzer, die Schönheiten der Gesindeordnung usw. sind aber recht u n rühmlich bekannt.

In ziemlicher Zahl wurden auch „Aushilfen" vermittelt, und zwar im Juni 1914 zusammen 402 männliche und 240 weibliche. Es handelt sich hierbei zum guten Teil um Gastwirtsgehilfen und -gehilfinnen, Aufwärterinnen usw.

Bei dem gegenwärtigen Geschäftsgang der Arbeitsnachweise bleibt für die im Jahre 1914 gegründete „Zentralausgleichsstelle" der Halleschen gemeinnützigen Stellenvermittelungen (zum Zwecke des gegenseitigen Austausches usw.) nicht viel zu tun übrig. Im Juni 1918 wurden 25 Arbeitsuchende von einem Arbeitsnachweis an einen anderen Nachweis zur Unterbringung überwiesen. Damit ist noch nicht die Ueberflüssigkeit der Zentralausgleichsstelle bewiesen. Ihre Tätigkeit ist besonders für kriegerische Zeiten berechnet. Alles in allem könnte man mit der Lage des Arbeitsmarktes zufrieden sein, wenn sie eben nicht eine Folge des Krieges wäre, der unzählige der besten Arbeitskräfte dem Wirtschaftsleben entzogen hat.

•

Die Höchstpreise für Gemüse und Obst.

Durch die Provinzialstelle für Gemüse und Obst in Magdeburg werden die Erzeuger- und Großhandelspreise (Höchstpreise) für folgende Gemüsearten vom 8. August ab, die vom Magistrat festgesetzten Kleinhandelspreise vom 11. August ab wie folgt festgesetzt:

Je Pfund:	für Erzeuger	für Großhändl.	für Kleinhändler
Grüne Bohnen	35 Pf.	47 Pf.	62 Pf.
Wachs- und Perlbohnen	45 „	57 „	77 „
Weißkohl	12 „	17 „	25 „
Frühpflaumen und Zwetschen	50 „	70 „	95 „
Kleine Pflaumen	30 „	40 „	55 „
Hauspflaumen	20 „	26 „	34 „
Brennzwetschen	10 „	13 „	18 „

•

Ein Hausmittel gegen Grippe.

Man sucht nach Mitteln gegen die Grippe und weiß kein anderes, als sich restaniert ins Bett zu legen und das Fieber zu überstehen. Und doch gibt es ein altes Allheilmittel, das noch immer bei Uebelbefinden, Mattigkeit in allen Gliedern, beim Versagen des Appetits, wie überhaupt bei allen Anzeichen der Grippe, geholfen hat. Es ist der Kamillentee. Man trinke ihn warm; heilend, schmerzstillend und schweißtreibend tut der Tee gute Dienste. Die Grippe ist schnell vorüber, wenn sie angefangen hat; sie tritt nicht nachhaltig auf, wenn sie mit Kamillentee fortwährend bekämpft wird. Namentlich auf dem Lande kennt man den Kamillentee schon seit Großvaters Zeiten als das Allheilmittel, und es ist nicht überraschend, daß auf dem Lande viel weniger diese Krankheit anzutreffen war.

Unsere Feldpost-Abonnenten

ersuchen wir ganz dringend, alle Aenderungen in ihrer Adresse unverzüglich dem Verlag mitteilen zu wollen, damit in der Zustellung der Volksstimme unliebsame Verzögerungen unterbleiben, die auf beiden Seiten unangenehm empfunden werden.

Der Verlag.

* **Von der Straßenbahn.** Die Fahrgeldeinnahmen betrugen im Juli 1918:

bei der Stadtbahn . . . 206 592.88 M.
„ „ Straßenbahn . . 125 026.42 „

* **Günstige Erfahrungen mit städtischer Gutswirtschaft.** Zum erstenmal erscheint diesmal im städtischen Haushaltplan das Stadtgut in Dröbel, und zwar mit einem selbständigen Etat. Wie man sich erinnert, hatte die Stadt im Verfolg eines alten Planes, möglichst viel Land in der Nähe der Stadt der inneren Kolonisation zu erschließen, vor etwa einem Jahre das Salmuthsche Gut in Dröbel in Größe von 525 Morgen mit dem gesamten Inventar zum Preise von 734 860 M. gekauft und zu Neujahr in eigene Verwaltung übernommen. Trotz der bisher notwendig gewesenen hohen Ausgaben für Reparaturen der Gebäude, Anschaffung von Maschinen und Ankauf von Milchkühen — der Bestand von 14 Milchkühen und 7 Fürsen wurde nach der Uebernahme durch die Stadt sofort erheblich vermehrt — kann bereits das erste Wirtschaftsjahr mit einem Ueberschuß von etwa 3000 M. abgeschlossen werden.

Ein Fehltritt.

8] Eine Bauerngeschichte aus dem Taunus
von Fritz Ritzel (Mainz).

(Nachdruck verboten.)

In dem geräumigen Gelasse des Erdgeschosses, welches als Wohnstube diente, saß heute am Sonntag nachmittag in einer der tiefen, nach dem Hofe hingehenden Fensternischen Frau Christiane Lamprecht und strickte. Sie war eine stattliche Fünfzigerin mit dunklem, nur an den Schläfen leicht ergrautem Haare und einem Gesichte, welches so recht den behäbig milden Ausdruck des guten Hausmütterchens zeigte, wenn auch um den weichen Mund ein Zug lag, der auf Energie deutete. Ein wollenes Tuchkleid von dunkler Farbe umschloß die etwas breite Gestalt der Frau; die darüber gebundene Kattunschürze war offenbar erst vor kurzer Zeit aus dem Wäscheschrank genommen worden, das bezeugten deren scharfe Falten. Auf dem Kopf trug Frau Lamprecht ein kleines, weißes Spitzenhäubchen, was das Mütterliche ihrer Erscheinung noch erhöhte — man hatte beim Anblick der ganzen Erscheinung ein gewisses anheimelndes Gefühl und hegte unwillkürlich den Wunsch, die Frau näher kennen zu lernen. Viel trug zu diesem anheimelnden Eindruck wohl auch die Umgebung bei, in welcher sich Frau Lamprecht befand. Die gewölbte Decke des Gemachs, die tiefen Fensternischen, die schweren, altmodischen Eichenmöbel, unter welchen besonders ein riesiger, reich mit Schnitzereien versehener Schrank auffiel, der altertümliche Kachelofen — das alles versetzte jeden Eintretenden in längst vergangene Zeiten, im Hinblick auf welche ja die meisten Menschen von der Anschauung durchdrungen sind, daß früher alles besser und schöner wie in der Jetztzeit gewesen sei.

Als der dünne Klang des Vaterunserglöckchens jetzt vom nahen Kirchturme ertönte, erhob sich Frau Lamprecht, legte den Strickstrumpf in den vor ihr stehenden Arbeitskorb und trat mit langsamen Schritten vor den an der Seitenwand der Stube stehenden Eichentisch, um denselben mit einem buntgetüpfelten Tuch zu decken. Eben war sie damit beschäftigt, einer hereintretenden Magd das Kaffeegeschirr abzunehmen, als die schrille Vorplatzglocke die Heimkehr des Hausherrn meldete. Mit den Worten: „De Herr Parrer hots heit e bißche lang gemacht," trat gleich darauf der hochgewachsene Mann in das Zimmer, hängte Sonntagsrock und Hut an das neben dem Kachelofen befindliche Harfenbrett und schlüpfte in eine Lodenjoppe, in welcher sich seine Gestalt entschieden vorteilhafter wie in dem glänzend schwarzen Tuchrock ausnahm. Der breitschultrige Hüne mit dem glattrasierten ausdrucksvollen Gesicht, dem Selbstbewußtsein in der ganzen Haltung, konnte als Originaltyp der Bevölkerung der Gegend gelten. So mochten seine Vorfahren, die alten Mattiacker, ausgesehen haben, deren Zähigkeit und Kampfbegierde die römischen Eroberer oft zur Verzweiflung brachte, wenn sie in ihrem unbezähmbaren Freiheitsdrange die aufgelegten Fesseln immer wieder abzuschütteln suchten. Ein hartes, unbeugsames Geschlecht, diese Bewohner des Taunus; Willenskraft und Zähigkeit im Verfolgen des einmal sich vorgesetzten Zieles sind die Haupteigenschaften dieses urdeutschen Volksstammes; daneben zeichnen Biederkeit und unerschütterliche Rechtschaffenheit dessen Angehörige aus, wogegen deren Art und Weise, sich zu geben, die rauhen Manieren, die kurz abgebrochene Sprechweise, dem den Volkscharakter studierenden Fremdling wohl nicht eben sympathisch erscheinen mögen.

Wie alle seine Landsleute, so schien auch Gottfried Lamprecht auf die rauhe Schale des Aeußeren stolz zu sein und geflissentlich alles zu vermeiden, was seiner Erscheinung einen verfeinernden Anstrich hätte geben können. Mit wuchtigen Schritten und fast ungeschlachten Bewegungen ging er erst mehrere Male in der Stube auf und ab, ehe er sich schwer auf den am Ende des Tisches stehenden Ledersessel niederließ. Auf die Frage seiner Frau nach Dortchen erwiderte er kurz:

„Sie is noch emal zur God (Patin)." Dann trommelte er mit den Fingern auf den Tisch und fuhr fort:

„Es is ganz gut, daß des Mädche noch nit do is. Waart noch en Augeblick mit dem Kaffee, Mutter! Heit werds endlich richtig wern. Wie ich aus der Kerch bin, hot mir der Christian zugeblunkt un hot nooch seim Buh geguckt. Do wern se wohl endlich komme! Zeit genug wärs!"

„Ja, Zeit genug wärs, Vatter!" meinte Frau Christiane. „Wenn nur des Mädche koa Sache mücht!"

„Wenn nur des Dortche koa Sache micht? Wie maanst du des?" fragte der Bauer entgegen. „Du host doch selbst gesagt, daß des Kind ganz narrig in den Paul is; daß se wege dem den Lorsbacher hot haamgeschickt! Was soll sie dann jetzt for Sache mache?"

„Mer (man) kimmt aus dem Mädche ebe nit recht heraus," erklärte die Bäuerin. „Früher hätt ich geschwore druff, daß sie nur an den Paul denkt, aber seit der widder deham is, scheint sie sich nix mehr aus ihm zu mache. Seit der Pfaffehofener Kerb hot sich des Blättche bei ihr gewend. Ob sie do mit ihm hinner enanner is komme, oder ob sie en annern Borsch im Aage hot — ich waaß es nit! Hot mer früher als emol die Red auff de Paul gebracht un hot mer sie als e bißche mit ihm genert, dann is sie ritzerot worn und mer hot gesehn, daß ihr das Spaß gemacht hot! Jetzt? Wie ich die Dag widder emol vom Paul angefange hab, do is sie ordentlich böse worn un hot gesogt, ich sollt sie an for allemol mit dem eingebildete Blaffert in Ruh lasse!"

„Host du ihr dann gesogt, daß ich mit dem Paul seim Vatter schon über die Sach gered hab, Mutter?" fragte der Bauer.

„Des grad nit, aber gesagt hab ich ihr, daß du un ich nix gege den Paul hätte, wenn er käm!"

„No un do?"

„Sie hot gemaant, do könnte wir lang waarte, der Mann mit un is gleich druff zur Tür hinausgange, grad als wenn sie nix mehr über die Sach höre wollt."

„No, des tät grad noch fehle, wenn des Mädche „naa" sage tät, wo alles so schön in der Reih is," meinte der Bauer ärgerlich, indem er sich von seinem Sessel erhob und mit weiten Schritten die Stube durchmaß. „Zwinge kann un will ich mei Kind nit, do soll mich unser Herrgott defor bewahre! Ich waaß, wies meiner arme Schwester gange is, bere de Vatter un die Mutter selig so lang zugesetzt hobe, bis sie des Meuters Philipp genomme hot! Ihr ganz Leve long kam sie nit aus dem Unglück heraus, weil sie sich mit ihrm Mann ebe nit verstanne hot und nit vertrage hot könne! Naa! Wenns Dortche nit will, dann mache wir en Strich drunner; sie hot mit ihrm Mann zu lebe! Aber ich will de Dolwel nit an die Wand mole (malen). Vielleicht seins (sind's) nur blanne Baume, wie se ebe die junge Mädcher als habe!"

„Wir wolles hoffe!" sagte Frau Christiane tröstend, indem sie sich an dem Kaffeegeschirr zu schaffen machte. „Kleine Kinner — kleine Sorge, große Kinner — große Sorge! Ebe scheine sie zu komme!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180807-18/fragment/page=0005

* **Strümpfe** brauchen wir zum Winter. Wir haben weder Wolle zum Neustricken noch zum Stopfen. Wie können wir armen Hausfrauen uns helfen? In einem Lehrgang für Strumpfausbesserung würde der H. H. B. die tatlosen Frauen unterweisen, wie sie ohne Wolle, nur aus alten Strümpf-, Trikot- oder Unterzeugresten gutfitzende, haltbare Strümpfe herstellen können. (Siehe Anzeige im Anzeigenteil.

* **Warnung vor polnischen Bonbons.** Durch Untersuchungen, die im Staatlichen Hygienischen Institut in Lodz ausgeführt worden sind, ist nachgewiesen worden, daß polnische Fabrikanten von Bonbons in letzter Zeit häufig an Stelle von Zitronensäure die giftige Oxalsäure benutzen. Da trotz des bestehenden Ausfuhrverbots aus Polen und des deutschen Einfuhrverbots anzunehmen ist, daß durch Schmuggel oder bei der Einreise von Militärpersonen usw. immer noch Bonbons aus Polen nach Deutschland gelangen, so ist vor dem Genuß der sog. polnischen Bonbons eindringlichst zu warnen.

* **Bad Wittekind.** Als Ehrenabend für den Leiter der Kurkonzerte, Kapellmeister Karl Röhren, findet heute, Mittwoch, abend 8 Uhr, in Bad Wittekind vom Stadttheater-Orchester ein Operetten- und Walzerabend statt, an dem die heitere Muse durch Tonwerke von Suppe, Delibes, Millöcker, Strauß, Röhren, Bilse, Adam, Offenbach, Fall und Ohlsen zur Geltung kommen wird. Auf die Verdienste des Herrn Röhren hinzuweisen, erübrigt sich, denn jeder Wittekindbesucher kennt die unermüdliche Ausdauer, mit der Herr Röhren seine Aufgabe als Dirigent erfüllt. Möge ihm, wie in den beiden Vorjahren, ein volles Haus beschieden werden. Der Eintrittspreis beträgt für Erwachsene 50 Pf. und für Kinder 20 Pf. Inhaber von Dauerkarten haben 20 Pf. nachzuzahlen. (Siehe Anzeige.)

* **Lebensmitteldiebstähle.** Ein Invalide, der in der Untermaschwitzer Flur in der vergangenen Nacht 75 Pfund Kartoffeln gestohlen hatte, wurde heute früh in der Dessauer Straße festgehalten. Wegen gleicher Straftat ist derselbe Mann erst vor einigen Tagen zur Anzeige gebracht worden. — Durch einen berittenen Polizeibeamten wurde gestern nachmittag auf einem nicht abgeernteten Roggenfelde in der Artilleriestraße eine Frau beim Aehrendiebstahl betroffen. — In der Nacht zum 5. d. M. ist eine in einem an der Dölauer Straße belegenen Gartengrundstücke stehende Bretterbude aufgebrochen worden. Es wurden eine Büchse Bratheringe, 3 Gläser Konserven, 3 Büchsen Gänseleberpaste und 2 Stück Seife im Gesamtwerte von etwa 63 M. gestohlen. Die Ermittelungen nach den Tätern sind aufgenommen.

* **Ein kranker Mann,** der sich zu entleiden versuchte, mußte am gestrigen Tage in polizeiliche Schutzhaft genommen werden.

* **Noch nicht ermittelt** ist die Persönlichkeit der am 30. Juli 1918 in der Saale oberhalb des Trotbaer Wehres gelandeten männlichen Leiche. Beschreibung: Etwa 30 bis 35 Jahre alt, 1,68 Meter groß, dunkelblondes Haar, schwarz- und weißgestreifte Hose, grau- und schwarzgewirkte Weste und Jackett, schwarze Strümpfe, schwarze Schnürschuhe mit Sohlenschonern, weißleinenes Hemd. Wer über den Toten Auskunft geben kann, wird gebeten, sich alsbald bei der Kriminalpolizei, Zimmer 72 oder 73, zu melden, wo einige Teile von den Kleidungsstücken und die Schuhe zur Ansicht ausliegen.

Aus der Provinz.

Die Selbstentzündung lagernder Kohlen.

Werden Kohlen in größeren Haufen gelagert, so geraten sie **leicht in Brand.** Dieser Umstand, die Gründe dafür und die Mittel dagegen hatten bisher nur für die Kohlengroßen Bedeutung, wenn sie wegen Absatz- und Wagenmangels die geförderten Kohlen nicht sofort zum Versand bringen konnten, sondern sie auf die Halde stürzen mußten, sowie für industrielle Werke, die zur Sicherung ihres Betriebs gezwungen waren, größere Kohlenvorräte auf Lager zu nehmen. Jetzt dagegen verdienen sie allgemeine Beachtung, weil bei der Ungewißheit der Kohlenversorgung jeder Verbraucher bestrebt sein muß, sich den seinen Verhältnissen angepaßten Kohlenvorrat jetzt zu beschaffen.

Der Selbstentzündung sind vor allem die Fett- und Daskohlen ausgesetzt, die viele flüssige Bestandteile enthalten. Bei Magerkohlen kommt sie seltener vor. Ferner ist sie bei Feinkohle eher zu befürchten als bei Stücken und Nüssen. Am wenigsten gefährdet sind gut ausgebrannter Koks und feste Kohlenpreßsteine. Die Selbstentzündung tritt zumeist in hoch aufgeschütteten Kohlenhaufen auf und ist auf innere Wärmeentwicklung durch Zersetzungsvorgänge zurückzuführen. Das bei solchen frei werdende Gas kann bei hoher Anschüttung nicht genügend rasch entweichen und steht unter einem der Schütthöhe entsprechenden Druck, der die Zersetzung, sowie das Entstehen neuer Verbindungen unter Wärmeerscheinungen befördert. Kommt nun von außen her oder als Zersetzungsstoff aus der Kohle selbst Sauerstoff hinzu, so sind alle Erfordernisse zur Selbstentzündung gegeben.

Für alle Fälle unbedingt sichere Mittel zur Verhütung einer Selbstentzündung gelagerter Kohlen fehlen uns leider, es sei denn, daß man die Kohlen unter Wasser lagert, was aber vielfach nicht ausführbar ist. Gleichwohl läßt sich eine Entzündung bei Befolgung gewisser Regeln beim Anschütten der Kohlen und bei genügender Beaufsichtigung der Kohlenlager fast stets vermeiden. Vor allem dürfen die einzelnen Kohlenhaufen nicht zu hoch und breit sein. Als höchstzulässige Schüttthöhe gelten 2,5 Meter und als Seitenbreite der Stapel 5 Meter. Bei größeren Haufen wird das Entweichen der Gase zu sehr erschwert und der Druck auf die untern Kohlenmassen zu stark. Die einzelnen Stapel sind in Abständen von 2 bis 3 Meter anzulegen, um sie bequem umgehen und sicher beaufsichtigen zu können. Benutzt man zur seitlichen Begrenzung der Stapel Bretterwände, so sollen diese nicht vollständig dicht sein, sondern zwischen den einzelnen Brettern tunlichst breite Ritzen zum Luft- und Gaswechsel freilassen.

Besonders wichtig ist eine stete Ueberwachung der Kohlenlager bezüglich der Erwärmung im Innern der Haufen. Um eine solche Ueberwachung zu ermöglichen und zu erleichtern, werden zweckmäßig schmiedeeiserne Rohre von etwa 10 Zentimeter Durchmesser von oben her senkrecht in die Stapel bis zu ihrer Sohle gehend angeordnet. In diese Rohre läßt man täglich mindestens einmal mittels einer Schnur oder einer Stange ein Thermometer hinab, um die Wärme zu messen. Nimmt diese ungewöhnlich zu, so ist für Kühlung zu sorgen, indem man durch die Rohre Wasser oder Dampf einführt. Steigert sich die Erwärmung jedoch bis in die Nähe des Entzündungspunkts der Kohle, der je nach der Art der Kohle bei 500 bis 600 Grad liegt, so ist der betreffende Kohlenhaufen sofort auseinander zu reißen und durch Umschaufeln gründlich zu kühlen. Dasselbe ist zu tun, wenn sich irgendwo Brandgeruch an den Kohlenhaufen bemerkbar macht oder Dampf aus ihnen hervortritt.

Zeitz. Wochenfleischmenge. In Ergänzung unserer Bekanntmachung vom 29. Juli 1918 wird die Wochenfleischmenge für die mit 100 Gramm vorgesehenen Wochen auf 150 Gramm festgesetzt.

Zeitz. Die Vermieter von Wohnungen wollen streng darauf halten, daß nicht nur die leerstehenden bzw. freiwerdenden Wohnungen innerhalb einer Woche vom Tage der Kündigung an beim hiesigen Meldeamte angemeldet, sondern daß auch im Falle einer Wiederbesetzung innerhalb einer Woche dorthin entsprechende Nachricht gegeben wird. Die peinliche Innehaltung dieser An- und Abmeldungen ist im Interesse der wichtigen Sache unbedingt notwendig. Versäumtes ersuchen wir sofort nachzuholen.

Nietzedt. Einbruch. In der Nacht zum Freitag wurde bei dem Bergmann Emil Karnstedt eingebrochen. Seine sämtlichen Kleidungsstücke, eine Uhr, 20 M. Geld und ein Brot wurden gestohlen, so daß K. früh nicht imstande war, seiner Arbeit nachzugehen. Die Diebe hatten die Stube vom Küchenfenster entfernt und waren so in die Wohnung gelangt. Hier hatten die Spitzbuben ungestörte und leichte Arbeit, da das Gehöft Karnstedts am Ende des Dorfes und ganz isoliert liegt. Trotzdem der Genannte einen wachsamen Hofhund hat, und die betreffenden Ehelente im Nebenzimmer schliefen, wurde von dem Einbruch nichts bemerkt; es können doch nur Personen in Frage kommen, die bei Karnstedt ein- und ausgegangen sind, somit also mit den Verhältnissen genau Bescheid wußten. Eine sofortige polizeiliche Haussuchung bei einer Familie hierselbst fiel ergebnislos aus. Bemerkenswert ist, daß von sämtlichen Diebstählen, welche in letzter Zeit in unserm Orte ausgeführt worden sind — und das sind nicht wenig — noch nicht das Geringste entdeckt worden ist.

Gütten. Zwei freche Frauenzimmer. Mit dem um 9 Uhr von Magdeburg nach Gütten kommenden Zuge reiste eine Frau nach Kobleng, um dort ihren Mann im Lazarett zu besuchen. In Stafkfurt stiegen zwei Mädchen ein und setzten sich neben die Frau. Als die Frau in Gütten ausstieg, vermißte sie ihr Geld. Ihr Verdacht lenkte sich auf die Mädchen. Einem Stafkfurter Polizisten, der gerade von Bernburg kam, teilte sie ihren Verdacht mit. Bei der Durchsuchung der Mädchen fand man auch das Geld bei ihnen. Die Diebinnen werden ihre Tat nun büßen.

Gotha. Ein Ehedrama spielte sich in der Behausung des Zahnarztes Willi Heinemann ab. Wie das Gothaer Tageblatt meldet, feuerte der Ehegatte einen Revolverschuß auf seine Frau in dem Augenblicke ab, als sich diese noch durch Sprung aus dem Fenster retten wollte. Tödlich getroffen fiel die Frau in den Korridor und verschied nach kurzer Zeit. Alsbald richtete der unglückliche Ehegatte die Schußwaffe gegen sich. Eine Kugel in die Schläfe streckte ihn tot zu Boden. Der Beweggrund zu dieser Tat ist in einem ehelichen Zerwürfnis zu suchen.

Neustadt. Zwei Kinder verbrannt. Hier brach auf dem Dachboden des Wilh. Kochschen Wohnhauses Feuer aus. Der Brand griff so schnell um sich, daß es der im Kochschen Hause zur Miete wohnenden Frau des im Felde stehenden Emil Meyer nicht möglich war, ihre Kinder zu retten. Zwei zufällig von Altenfeld kommende Arbeiter, sowie ein Landsturmmann beteiligten sich sofort am Rettungswerk. Es gelang ihnen, zwei Kinder zu retten, ein Junge sprang noch aus dem Fenster, während zwei andere, die im Alter von vier und fünf Jahren standen, in den Flammen umkamen. Sämtliches Mobiliar der Familie, welches nicht versichert ist, verbrannte.

Delitzsch. Feldgrauer Schwindler. Ein angeblich Feldgrauer hat eine Malerfamilie schwer geschädigt. Er logierte sich vor einer Woche bei ihr ein, ließ sich verpflegen und verdustete eines Morgens, nachdem er sich noch das Fahrrad des Logiswirts und 11 M. bares Geld geben ließ, angeblich um in der Gegend von Eilenburg zu „hamstern". Ein Paar neue Sonntagsstiefel und eine Samthose ließ der Betrüger auch noch mitgehen. Der Täter ist 1,55 Meter groß, hat schwarze Haare, trägt Feldmützenform ohne Achselklappen, hat auffallend hervortretende Schneidezähne und sah an, für ein Werk tätigkeitsmäßig zu sein.

Wittenberg. Diebereien. Von einem gestern früh an der nordöstlichen Seite des Schwanenteiches vorübergehenden Korbmachermeister aus der großen Friedrichstraße wurden im Gebüsch versteckt 3 Säcke gefunden, die zusammen 50 Pfund Birnen und 35 Pfund Zwiebeln enthielten. Diese Gegenstände rühren zweifellos von einem Diebstahl her. — In den letzten Nächten sind dem Restaurateur Dürrfeld, Triftstraße 52, von seinem Acker an der Dresdener Straße und dem Gemüsegärtner Hecht an der Belziger Chaussee von seinem Acker an Rothemarkstraße große Mengen Kartoffeln gestohlen worden. Während im ersten Falle die Täter unbekannt sind, wurden im letzten Falle mehrere Frauen beobachtet, so daß es hoffentlich gelingt, diese noch zu ermitteln und zur Rechenschaft zu ziehen. Weiter wurde in der Nacht zum Sonntag auf einem Acker an der Triftstraße von unbekannten Tätern eine größere Fläche Spätkartoffeln, die noch keine Früchte angesetzt haben, herausgerissen. — Abgefaßt wurde von dem Gemüsegärtner Term, Boetzenweg 28, der Arbeiter Friedrich Schäfer beim Obstdiebstahl. — Aus dem Grundstück Lindenstraße 33 wurde am Freitag bei dem Oberingenieur Arnold Boffisch gehörige Fahrrad im Werte von 150 M. gestohlen.

Eisleben. Diebstähle. Einer in der Halleschen Straße wohnenden Frau wurde am 30. v. M. abends der Hund, Dobermann, vom Hofe entwendet. Jetzt ist der Täter in der Person des Fritz Bertram M. ermittelt. Der Hund ist beschlagnahmt und der Geschädigten zurückgegeben. — Einer Frau, die auf dem Brettenwege wohnt, wurde am 1. d. M. aus dem Kleiderschranke ein Rock und eine Bluse im Werte von 140 M. gestohlen.

Aus den Nachbargebieten.

Das Zellulosegarn und seine Herstellung.

Es liegt auf der Hand, daß an der Gewinnung des neuen Textilrohstoffes in besonderem Maße auch die sächsische Textilindustrie interessiert ist. Es ist von größter Wichtigkeit, daß die neuen technischen Möglichkeiten nun auch durch die Anstrengung einer möglichst großen Zahl von Industriellen erprobt, verbessert, ausgenützt werden. Gerade daran aber scheint es zu mangeln. Denn darüber schreibt Abgeordneter Krätzig im Konfektionär u. a.:

Seit Monaten bemüht sich die Textilindustrie bei den Behörden, um die Möglichkeit zu erwirken, die Faser zu erzeugen. Es ist nichts zu machen! Der ausschlaggebende Grund der unerzeihlichen Hinausziehung der Aktivität der Regierung ist zu suchen in den Schwierigkeiten, welche das Konsortium von Interessenten macht, die das Patent ausnutzen. Wenn man bedenkt, wie rücksichtslos die verschiedenen Kriegsbehörden bisher gegen die stillgelegten Textilbetriebe, insbesondere bei der Wegnahme der Rohstoffe und Antriebsmittel, vorgegangen sind und noch vorgehen, so muß das rücksichtsvolle Walten, allgemein Unwillen erregend, auffallen. Stehen die Interessen eines Konsortiums von Geldmännern höher wie das Schicksal der gesamten Industrie, unseres Landes und Volkes? Immer berechtigter wird die Empörung in den Kreisen der Textilindustrie darüber, daß die Reichsregierung nicht dazu schreitet, im allgemeinen kriegswirtschaftlichen Interesse zu verfügen, daß die Erzeugung der Stapelfaser nicht mehr durch Patentstreitigkeiten gehindert werden darf. Gehen wir jetzt endlich mit der Errichtung neuer Betriebe vor und sorgen wir, daß die Faser sowie die daraus hergestellten Produkte nicht ebensolcher Preistreiberei unterworfen werden wie das Papiergewebe, dann können wir der Zukunft ruhig entgegensehen. Die Stapelfaser eignet sich gemischt mit etwas Baumwolle und Wolle ausgezeichnet zur Herstellung von Wäsche und Kleidung. Mit etwas Baumwolle gemischt, kann die aus diesem Gewebe hergestellte Wäsche wie reine Leinen- oder Baumwollwäsche gewaschen werden, und mit etwas Wolle gemischt, liefert sie den prächtigsten Wollkleidestoff. Auch ist dieses Garn ein idealer Rohstoff für Wirkereien und Trikotagen. Es kann also gesagt werden, daß, wenn nun endlich Ernst damit gemacht wird, die Erzeugung der Stapelfaser in erforderlichen Mengen in die Wege zu leiten, wir den angedrohten Wirtschaftskrieg nicht zu fürchten brauchen. Soviel Wolle und Baumwolle, wie wir zum Mischen der Stapelfaser nötig haben, bekommen wir sicher aus anderen Erzeugungsgebieten herein.

Inzwischen sollen sich die Patentinhaber bereit erklärt haben, ihr Patentverfahren zur Herstellung von Zellulosegarnen lizenzweise zur Errichtung neuer Fabriken freizugeben. Man rechnet damit, daß mit diesem Augenblick mehrere hundert Fabriken in Sachsen, Thüringen, Schlesien und Rheinland-Westfalen ohne große technische Schwierigkeiten und Umstellungen die Herstellung einer wirklich brauchbaren und dauerhaften Spinnfaser in einem solchen Umfange aufnehmen können, daß ein Ende der augenblicklichen Stoffnot schon bald sicher feststeht.

Eingegangene Schriften.

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nr. 16 des zehnten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Vorauf es ankommt. — Ueber den Schlaf. Von H. H. — Der Schimmel und die Wilhsau. Von Karl Bröger. — Weiße Wolken. Gedicht von Hermann Hesse. — W. Sollmann: Auf dem Staffelberg. (Mit Abbildungen.) — Das Tagebuch. Von Frieda Schirbel. — Sommernacht. Gedicht von Max Barthel. — Bücher für die Jugend. — Vom klerikalen Jugendfang. — Aus der Jugendbewegung.

Kleines Feuilleton.

Rosegger-Erinnerungen

veröffentlicht Felix Baumann in Heft 40 der illustrierten Wochenschrift Reclams Universum. Wir entnehmen daraus die folgenden Züge, die erkennen lassen, wie der große Volksdichter bis in sein hohes Alter hinein die natürliche Bescheidenheit und die gesunden Anschauungen des einfachen Mannes bewahrt hat: Rosegger war ein Feind jeder Ehrungen. Als man seinen 60. Geburtstag glanzvoll feiern wollte, bat er: „Unterlaßt jede Feier. Ihr wißt, ich bin einmal kein Freund von derlei; einen Ehrentag (50. Geburtstag) habe ich ja schon gehabt. Er war wunderschön, er wird mir unvergeßlich bleiben, er ist ein Tag von höchster Bedeutung, aber nur — wenn er der einzige bleibt. Ruhm und Ruhmesfeste vertragen einmal keine Rivalität. Wenn die Deutschen ihren Dichtern einen großen Ehrentag bescheren, so ist's gut, das gibt Feuer und Kraft; im übrigen begnügt euch damit, ihre Neigungen zu achten und ihre Werke anzuguten. Dafür ist jeder empfänglich und dankbar, dafür lebt und schreibt er ja." — Roseggers Bekenntnis: „Ich bin Kind gewesen mit den Kindern des Waldbauern, des Holzschlägers und Kohlenbrenners, ich bin jung gewesen mit dem Almhalter, mit der Sennin, mit dem Jägerburschen, mit dem Wurzelmann, mit dem Soldatenflüchtling und mit dem Wildschützen. Daß es so gewesen, ist freilich kein Verdienst, aber ein Glück ist es. Wir Waldleute sind einfältig, und das ist unsre Weisheit — wir sind arm, und das ist unsre Ruhe. Sind wir in Freuden, müssen wir schreien vor lauter Lust, müssen jodeln und jauchzen — sind wir im Elend, so machen wir einen Spaß darüber. Mit unserm Herrgott sind wir auf du und du, mit dem Teufel auch — und das ist unser Humor. Das Heimweh ist das einzige Leid, das dem Alpler den Humor benimmt, da wird er still, singt nix und sagt nix — und muß sterben." Deshalb sprach er auch bei der Weihe des Waldschulhauses in Alpl die Worte: „Strebet nicht hinaus in die Welt, liebe Alpler, bleibt daheim auf eurer Schalle. Hier werdet ihr nicht reich, aber auch nicht so arm, als ihr es in der Fremde werden könntet. Richtet eure Wirtschaften mehr nach den Zeitverhältnissen ein, arbeitet mutig, haltet zusammen und vertrauet auf Gott, dann werden für euch Bewohner von Alpl wieder bessere Zeiten kommen."

Im Jahre 1912 schrieb Rosegger, als die „Deutsche Dichter-Gedächtnis-Stiftung" in Hamburg-Großborstel eine Festschrift über die ersten zehn Jahre ihres Bestehens herausgab, dafür ein paar Zeilen, die auch heute beherzigenswert sind: „Wichtiger als alles, was jetzt die Welt mit Lärm erfüllt, wäre das eine, das Volk wieder zum Guten, Schönen, zu Treue und Tüchtigkeit, zu Heimat und Vaterland zu erwecken. In diesem Sinne wirkt die Deutsche Dichter-Gedächtnis-Stiftung. Alles schimpft heute über die Schundliteratur. Das hilft nichts. Loben und unterstützen wir lieber Unternehmungen, die allein imstande sein würden, bei entsprechender Verbreitung die Schundliteratur matt zu legen." — Zu keiner Zeit ist die Ueberhandnahme der minderwertigen und schädlichen Lektüre so schmerzlich empfunden worden, wie gerade jetzt, wo die jungen Menschenkinder beiderlei Geschlechts geistige Erzeugnisse verschlingen, für die oft das Papier zu schade ist.

Vermischtes.

Wenn man Steine hustet. Der Husten ist schon an sich ein unangenehmer und oft schmerzlicher Vorgang und kann auch von wirklicher unmittelbarer Gefahr begleitet sein. Die Pein erreicht aber den höchsten Grad, wenn ein Mensch Steine aushusten muß. Das kommt vor, wenn auch glücklicherweise nicht häufig. Stets hängt die Entstehung von Steinen in der Lunge mit einer tuberkulösen Vorgeschichte zusammen. Wenn die krankhaften Verletzungen der Lunge ausheilen, so geschieht es durch Ablagerung von Kalksalzen. Diese können sich wieder loslösen und dann in die Luftröhre gelangen. Die Steine, die bis zur Größe einer Haselnuß wachsen können, sind nach ihrer Zusammensetzung echte Knochenmassen, so daß man noch richtiger von Knochen husten sprechen könnte. Ihre Farbe ist gelblich oder schwärzlich, ihre Härte sehr groß, ihre Gestalt meist zackig wie die einer Koralle. Es läßt sich begreifen, daß durch sie nicht nur große Beschwerden entstehen, sondern auch die unmittelbare Gefahr einer Erstickung. Dr. Helbig berichtet in der Wochenschrift Umschau von dem Fall einer älteren Frau, die monatelang unter solchem Steinhusten gelitten hatte und in deren Lungen durch das Röntgenbild das Vorhandensein von noch mehr solcher Gebilde nachgewiesen werden konnte.

Ein der Neuzeit entsprechendes Rittergut... Folgende ergötzliche Anzeige verfaßten mehrere Feldgraue und sandten sie einer mitteldeutschen Zeitung zu: In der Nähe von A.... ist ein der Neuzeit entsprechendes Rittergut von 1600 Morgen Größe sofort zu verkaufen. Die Verteilung des Bodens ist folgende: 800 Morgen ehemaliger Wald mit vielen kleinen Seen, sehr fischreich, 800 Morgen ehemalige Wiesen, 1000 Morgen Ackerland. Gräben genügend vorhanden. Der Acker ist besät mit Blindgängern, Ausbläsern, Granatsplittern, Handgranaten und ähnlichem Mildgemüse. Wiese gut bewässert, künstliche Bewässerung durch Granattrichter vorhanden. Wildreicher Wald, Mäuse, Ratten, Eidechsen, Kröten, Läuse und Flöhe. Letztere besonders reichlich. Das Herrschaftshaus besteht aus zwei bombensicheren Unterständen. Jeden Abend großartiges Brillantfeuerwerk. Käufer, denen an einem wirklich ruhigen und gemütlichen Heim gelegen ist, wollen sich melden an...! Besichtigung gern gestattet.

Wahres Geschichtchen. Unser alter Lehrer hatte seine Klasse tadellos in der Gewalt; nur einem achtjährigen Bübchen konnte er es nicht angewöhnen, rechtzeitig zur Schule zu kommen. Alle ordentlichen Mittel halfen nichts. Die Sache blieb beim alten: Der kleine Fritz erschien immer erst, wenn das Gebet bereits gesprochen und der Unterricht schon begonnen hatte. Da griff der Lehrer zu einem Gewaltmittel: Wir wollen den kleinen Bummler nächstens als den „Herrn Schultat" begrüßen. Es ist 21 Minuten nach 8 Uhr. Es klopft. „Herein", ruft unser Kantor. Fritzchen erscheint in der Tür. Wir alle springen auf und empfangen ihn programmäßig: „Guten Morgen, Herr Schultat!" Doch Fritzchen ist gefaßt. — „Setzt Euch, liebe Kinder," war seine Antwort. (Jugend.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180807-18/fragment/page=0006